Morgenausgabe

Nr. 97 / A 49 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar, Postbezug 3,97 M. einschließlich 80 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Sonntagsbeilage: „Volk und Zeit"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Sonnabend 27. Februar 1932

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 30 Pf. Reklamezeile 2.– M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte. Jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr. Dönhoff (A 7) 292—297 Telegramm-Adr. Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3 Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Schlagt Hitler!

An die Partei! Genossinnen und Genossen!

Der Versuch der Rechten, im Reichstag die Regierungsgewalt zu erobern, ist gescheitert. Ihren Ansturm auf die Reichspräsidentschaft abzuschlagen ist die nächste Aufgabe.

Vier Kandidaten stehen am 13. März zur Wahl: Hitler, Duesterberg, Hindenburg und Thälmann. Von diesen Bewerbungen sind nur zwei ernst: Hitler und Hindenburg.

Das deutsche Volk steht am 13. März vor der Frage, ob Hindenburg bleiben oder ob er durch Hitler ersetzt werden soll.

Die Rechte hat vor sieben Jahren Hindenburg auf den Schild gehoben. Sie hoffte, er würde sein Amt parteiisch zu ihren Gunsten führen, seinen Eid verletzen und die Verfassung brechen. Es war selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten einem Bewerber, auf den unsere schlimmsten Feinde solche Hoffnungen setzten, entschieden bekämpften. Hindenburg aber hat seine einstigen Anhänger enttäuscht. Weil er unparteiisch war und es bleiben will, weil er für einen Staatsstreich nicht zu haben ist, darum wollen sie ihn jetzt beseitigen.

Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Chaos und Panik in Deutschland und ganz Europa, äußerste Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosennot, höchste Gefahr blutiger Auseinandersetzungen im eigenen Volke und mit dem Ausland.

Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Sieg des reaktionärsten Teils der Bourgeoisie über die fortgeschrittenen Teile des Bürgertums und über die Arbeiterklasse, Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, der Presse, der politischen, gewerkschaftlichen und Kulturorganisationen, verschärfte Ausbeutung und Lohnsklaverei.

Gegen Hitler! Das ist die Losung des 13. März. Es gibt kein Ausweichen!

Die Sozialdemokratische Partei will die Klarheit dieser Entscheidung nicht verdunkeln. Darum hat sie auf die Aufstellung einer Zählkandidatur im ersten Wahlgang verzichtet. Zum Zählen der Stimmen ist bei den nahen Wahlen zu den Länderparlamenten Gelegenheit genug.

Bei Parlamentswahlen gilt jede Stimme. Bei der Reichspräsidentenwahl dagegen fällt jede Stimme ins Leere, die für einen Zählkandidaten abgegeben wird.

Hitler oder Hindenburg? Es gibt kein Drittes!

Parteigenossen!

Für euch, die ihr politisch geschult seid, ergibt sich die Antwort auf diese Frage von selbst. Außerhalb unserer großen Organisation stehen aber gewaltige Massen, die noch der Aufklärung und der Aufrüttelung bedürfen. Auf sie kommt es an.

Diesen Massen Führer zu sein ist jetzt eure Aufgabe!

Jede Stimme, die gegen Hindenburg abgegeben wird, ist eine Stimme für Hitler.

Jede Stimme, die Thälmann entrissen und Hindenburg zugeführt wird, ist ein Schlag gegen Hitler!

Die Kommunisten, die für Thälmann werben, tun damit dasselbe, wie am 9. August vergangenen Jahres, als sie mit Hitlers SA. und Duesterbergs Stahlhelm gegen Otto Braun und Severing zum Volksentscheid antraten. Sie kämpfen für den reaktionärsten Teil der Bourgeoisie, gegen die fortgeschritteneren Teile des Bürgertums und gegen die Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie aber hat stets bei allen inneren Kämpfen des Bürgertums für den fortgeschrittenen oder gemäßigten Teil Partei genommen und ihren Angriff gegen die Reaktion gerichtet.

Jetzt geht es um alles!

Sieg des Faschismus ist namenlose Schande, unabsehbares Unheil. Das darf nicht sein!

Parteigenossen! Haltet die Augen offen, schützt euch vor Ueberraschungen, die eintreten können, wenn der Faschismus erkennt, daß er seine Ziele auf legalen Wegen nicht erreichen kann! Steht fest zur Eisernen Front!

Setzt alle eure Kräfte ein, damit der entscheidende Schlag schon im ersten Wahlgang fällt! Befreit mit diesem einen Schlag das deutsche Volk von der faschistischen Bedrohung!

Schlagt Hitler!

Darum wählt Hindenburg!

Der Parteivorstand.

Mißtrauen abgelehnt.

Die Pläne der Faschisten im Reichstag gescheitert.

Der Reichstag hat am Donnerstag die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt. Die Mißtrauensanträge gegen die Minister Groener und Dietrich wurden ebenfalls, und zwar mit noch größerer Stimmenmehrheit abgelehnt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat geschlossen gegen die Mißtrauensanträge gestimmt. Sie hat dieselbe taktische Haltung eingenommen, wie nach jener Tagung des Reichstages, die unmittelbar auf die Demonstration der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und des Stahlhelms in Harzburg folgte. Damals war es die Absicht der sogenannten Harzburger Front, nach der Regierungsmacht im Reiche zu greifen. Auch damals hat sie versucht, durch Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning den Weg freizumachen für eine Regierung des faschistischen Staatsstreiches. Zwischen damals und heute hat Uneinigkeit die Harzburger Front zerrissen, so daß heute beide Teile die Erklärung abgeben, daß die Harzburger Front nicht mehr besteht. Die eine Sturmwelle des faschistischen Ansturmes ist abgeebbt, weil die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch ihre taktische Haltung von damals es verhindert hat, daß sie an die Macht kam.

Diesmal stand die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor der gleichen Frage. Es ist kein Zweifel darüber, daß weder die Rede des Reichskanzlers noch vor allem die Erklärung Groeners über den Reichswehrerlaß Befriedigung in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hervorgerufen hat. Aber die Ablehnung eines Mißtrauensantrages gegen eine Regierung bedeutet noch lange nicht eine Vertrauenskundgebung für sie. Sie ist keineswegs als eine Gleichsetzung mit der Politik und den Absichten der Regierung zu bewerten. Sie bedeutet vielmehr eine taktische Fesselung der Regierung und vor allem die Durchkreuzung der Pläne jener, die mit Hilfe der Mißtrauensanträge die Regierung werfen wollten, um sich selbst an ihre Stelle zu setzen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Faschismus nicht in den Sattel gesetzt! Es war die Absicht der Nationalsozialisten wie derer um Hugenberg, noch vor der Präsidentenwahl und der nachfolgenden Preußenwahl die Regierungsmaschine im Reich in die Hand zu bekommen. Sie wollten das, was ihnen an Stimmenmacht fehlt, ersetzen durch Regierungsmacht. Sie wollten an die Regierung, um den faschistischen Staatsstreich von dieser Stelle aus vorzubereiten und durchzuführen. Die faschistischen Pläne sind dabei auf den Widerstand des Teiles des Bürgertums gestoßen, der von Brüning und seinem Kabinett geführt wird. Das sind die Kräfte des legalen Kapitalismus, die Kräfte des Bürgertums, das den Boden der Verfassung nicht verlassen will, weil es im offenen Bürgerkrieg das Chaos, die Zertrümmerung aller wirtschaftlichen Grundlagen und auch der kapitalistischen Grundlagen befürchtet. Dieser Teil des Bürgertums führt einen erbitterten Kampf gegen den offenen und brutalen Faschismus, der gewalttätig die Verfassung und die demokratischen Grundlagen des staatlichen Lebens zerschlagen will, weil diese zugleich die Grundlagen des Kampfes und des Aufstiegs der Arbeiterklasse sind. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte dem offenen Faschismus in die Hände gespielt, wenn sie bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge seine Partei gegen die Parteien des legalen Kapitalismus ergriffen hätte.

Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat die Pläne des Faschismus, soweit sie im Parlament durchgeführt werden sollten, zerstört. Der nächste Akt des Kampfes wird sich bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März abspielen. Die Haltung der Sozialdemokratie in diesem Kampfe entspricht der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Parlament. Sie hat sich für die Kandidatur Hindenburg entschlossen, die alle Erfolgsaussichten gegen den Kandidaten des Faschismus für sich hat. Für diesen nächsten Kampfakt gilt es nun die gesamte Kraft zusammenzufassen und einzusetzen!

Die Abstimmungen im Reichstag.

Der Mißtrauensantrag gegen Groener wurde mit 305 gegen 250 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt, der Mißtrauensantrag gegen Reichsminister Dietrich mit 291 gegen 250 Stimmen bei 11 Enthaltungen.

Ein Antrag auf Auflösung des Reichstags wurde mit 299 gegen 288 Stimmen abgelehnt.

Die Frage, ob die Anträge gegen den Reichstagspräsidenten zulässig seien, wurde mit 321 gegen 226 Stimmen bei einer Enthaltung verneint.

Ein Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, die Polizeikostenzuschüsse für Braunschweig zu sperren, wurde mit 232 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen. Es stimmten dafür Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutsche Staatspartei, ein großer Teil der Zentrumsfraktion enthielt sich der Stimme.

Ein Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, den Erlaß des Reichswehrministers über den Eintritt in die Reichswehr unverzüglich aufzuheben, wurde mit 226 gegen 173 Stimmen bei 38 Enthaltungen angenommen. Auch hier stimmten dafür Sozialdemokraten, Kommunisten und Staatspartei, während die Zentrumsfraktion sich zum größten Teil der Stimme enthielt.

Eine Entschließung, die von der Reichsregierung die Rückgängigmachung des erhöhten Butterzolls fordert, wurde mit 204 gegen 187 Stimmen angenommen.

Der Fanag-Direktor Sauerbrey, der im Fanag-Prozeß zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hat — wie uns aus Frankfurt gemeldet wird — auf Revisionsanträge verzichtet und die Strafe angenommen.

Gerhart Hauptmann wurde gestern von Bürgermeister Walker in der City Hall in New York empfangen.

Neue Flucht der Nazis.

Mehrheit gegen Braunschweiger Polizeikosten und Reichswehrerlaß.

Die gestrige Reichstagsdebatte, über deren Anfang wir schon berichtet haben, brachte weiter eine Rede des

Abg. **Schulze-Stapen** (Dnat.) gegen die Agrarpolitik der Regierung Brüning. Dann sprach

Abg. Crispien (Soz.):

Abg. Rosenberg hat heute wieder einen Ausspruch von mir über meine Stellung zu Deutschland erwähnt. Obgleich ich wiederholt klargestellt habe, daß meine Gegner ein Wort von mir aus dem Zusammenhang gerissen und im Sinne verfälscht für ihre demagogischen Zwecke mißbrauchen, kehrt die Verleumdung immer wieder. Das veranlaßt mich, abermals festzustellen, daß ich nichts gegen Deutschland gesagt habe, dessen wertvollster Bestandteil ja die arbeitenden Massen sind. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir deutschen Sozialdemokraten stimmen überein mit jenem Gedanken Jean Jaurès, daß

jede Nation ein Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts

ist, und daß es dem Proletariat schlecht anstünde, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern. Jean Jaurès wurde, weil er für den Frieden wirkte, von entmenschten Nationalisten ermordet. Das Volk von Frankreich gab ihm die höchste Ehre durch die Beisetzung im Pantheon.

Der für jeden anständigen Menschen eindeutige Sinn meiner Worte war, die weltgeschichtliche Entwicklung aufzuzeigen, die zu einem immer engeren Zusammenhang der Völker, der verschiedenen Staaten führt.

So wie Deutschland aus einer Vielheit von kleinen Staatswesen geworden ist — im Mittelalter waren es 352 —, so wie es heute undenkbar ist, daß deutsche Freistaaten Krieg gegeneinander führen, was sogar noch 1866 der Fall gewesen ist, so wird eine Zeit kommen, wo die verschiedenen Staaten Europas sich in der höheren Einheit der „Vereinigten Staaten Europas" zusammenschließen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ich frage mich, wo gerade die Nationalsozialisten die Vollmacht hernehmen, sich über mich zu entrüsten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Etwa deshalb, weil ihr Führer

Rosenberg ein Mann ist, der kein Vaterland mehr kennt, das Rußland heißt? Etwa deshalb, weil der große Adolf Hitler in Braunschweig Regierungsrat werden muß, weil er kein Vaterland mehr kennt, das Oesterreich heißt?

(Sehr gut! bei den Soz.) Es wird den Nationalsozialisten nichts helfen: Weder Lug noch Trug, weder Mord noch Totschlag werden ihnen helfen (Glocke des Präsidenten) — die Nationalsozialisten werden enden, wo sie hingehören: auf dem Kehrichthaufen der Geschichte! (Lebhafter Beifall der Soz.)

Abg. Dr. **Rosenfeld** (SVP) versichert, ihm und seinen Freunden stehe Thälmann tausendmal näher als Hindenburg.

Abg. Dr. **Föhr**-Baden (Z.) beantwortet die Naziangriffe auf die nationale Zuverlässigkeit des Zentrums. Das Zentrum lehne einmütig ein Ost-Locarno ab. (Wegen dauernden Störens werden die Hitlerleute Dr. Ley und Florian je zweimal zur Ordnung gerufen.)

Unter lauten Hört!-Hört!-Rufen zitiert Abg. Föhr die Aeußerungen Adolf Hitlers zu ausländischen Pressevertretern, daß

die Nationalsozialisten keineswegs die Wiederherstellung der alten deutschen Grenzen oder die Rückgabe aller Kolonien verlangen. Hitler hat auch die deutschen Südtiroler Italien preisgegeben und sich für ein Süd-Locarno ausgesprochen.

Abg. **Lucke** (Wirtschp.) bestreitet die Behauptung, der Kanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16. Oktober 1931 für einen Scheck über 500 000 Mark für die Deutsche Mittelstandsbank gekauft. Auf unsere Bitte hat der Kanzler schriftlich bestätigt, daß an dieser Behauptung des Abg. Feder (NS.) kein wahres Wort, und daß sie in allen Teilen frei erfunden ist.

Abg. Dr. **Marx** (Z.): Man will an Zitaten auch aus der Zentrumspresse beweisen, das Zentrum hätte seinen Standpunkt gegenüber der Person Hindenburgs geändert. Diese Zitate sind aus dem Zusammenhang gerissen und deshalb nicht beweiskräftig. Selbst wenn einzelne darunter richtig wären, könne man die Zentrumspartei nicht dafür verantwortlich machen, die nicht die Haftung für alle Aeußerungen in ihren Blättern übernehmen kann. Das Zentrum steht zu Hindenburg, weil er Volkskandidat und nicht Kandidat einer Partei sei. (Beifall im Zentrum.)

Lohnabzug für Verschüttungsdauer?

Zwischendurch erklärte Abg. **Jadasch** (Komm.), er habe soeben ein Telegramm erhalten, wonach den bei dem Unglück auf der Karsten-Zentrumsgrube in Oberschlesien geretteten sieben Bergleuten die Auszahlung des tarifmäßigen Lohnes für die unter Tage zugebrachte Zeit verweigert worden sei.

Abg. Dr. **Kleiner** (Dnat.) beantragt u. a., daß diese Entlohnung doch erfolgt und den geretteten Bergleuten ein achtwöchiger Erholungsurlaub gewährt wird.

Ueber den Antrag wird später entschieden.

Abg. Dr **Cuerling** (Dnat.) redet über Bonzikratie, Bonzendämmerung, vom jämmerlichen, schmachvollen 9. November, vom Monarchismus der Deutschnationalen und hofft, daß endlich jetzt der ihm so verhaßten Demokratie der Garaus gemacht wird.

Ein neuer Antrag Frick (NS.), den Finanzminister herbeizurufen, wird abgelehnt. Diesmal enthalten sich die Kommunisten, da ihr Finanzredner ja schon gesprochen hat. Reichsfinanzminister Dietrich erscheint jetzt auf seinem Platz.

Abg. **Reinhardt** (NS.) wirft der Republik vor, daß ihre Finanzlage schlechter geworden ist, als man in den Jahren, da Deutschland die großen Anleihen bekam, hat voraussehen können.

Abg. Dr. **Spahn** (Dnat.) appelliert an den Reichskanzler, Hindenburg zum Verzicht auf die Kandidatur zu bewegen, daß der Feldmarschall nicht in den Parteienstreit gezogen wird.

Reichsfinanzminister Dr. **Dietrich** antwortet auf die Kritik an der Bankensanierung: Die von mir widerlegten Angabendes Herrn Schacht werden nicht richtiger durch die Wiederholungen des Abg. Reinhardt. (Lebh. Beifall der Mitte.) Sie alle können unsere Bücher einsehen, die monatlich glattgestellt werden. (Abg. Reinhardt: Warum erscheinen die Schatzanweisungen nicht darin?) Weil sie jedes halbe Jahr verbucht werden. (Stürmische Heiterkeit.) Uebrigens sind Sie kaum der geeignete Ratgeber, denn Sie haben mir im Ausschuß mehrmals geraten, 800 Millionen mehr auszugeben. (Hört, hört! — Reinhardt schreit durchdringend immer wieder: Das ist nicht wahr! — Man schiebt ihn zum Präsidium hinauf, damit er sich zum Wort meldet.)

Abg. **Ersing** (Z.) kommt darauf zurück, daß er dem Abg. Spahn die Frage zugerufen hat, warum er vor dem Einzug der Franzosen Straßburg verlassen habe. Wir würden ihm das nicht vorhalten, wenn er nicht so provozierend gegen Parteien gesprochen hätte, die hier seit langen Jahren politische Aufbauarbeit geleistet haben. (Lärm rechts.) Wenn er gefragt hat, ob ich ihm gewünscht hätte, daß die Franzosen ihn als politischen Gegner gefangen setzten, so kann ich darauf nicht antworten, denn damals war Herr Spahn noch nicht unser politischer Gegner. (Große Heiterkeit.)

Damit ist die Debatte beendet, es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Frau **Reese** (Komm.): In einer Versammlung in der Festhalle zu Plauen hat die Mutter einer Schwangeren mir diese Lumpen als Ausstattung der Wohlfahrt für ihre Tochter übergeben. Nachdem die KPD. sich der Sache angenommen hatte, versuchte man, die Lumpen zurückzuerhalten. Der Wohlfahrtsleiter ist ein Sozialdemokrat. Er wird in einer Plauener Versammlung Auskunft darüber geben können, welche schönen Dinge die Wohlfahrt ausgibt.

Abg. **Reinhardt** (NS.) bestreitet, Mehrausgaben gefordert zu haben.

Abg. Frau **Starrmann-Hunger** (Soz.): Da mir der Leiter des Plauener Wohlfahrtsamtes telephonisch die bereits mitgeteilten Auskünfte gegeben hat (Rufe der Komm.: Hat er Sie angelogen!), halte ich meine Angaben aufrecht.

Darauf beginnen

die Abstimmungen.

Die Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett werden mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit besteht aus den Sozialdemokraten, der Staatspartei, dem Zentrum, der Wirtschaftspartei, der Bayerischen Volkspartei, dem Bayerischen Bauernbund und den kleinen Gruppen der Rechten. Von den 264 Oppositionsstimmen sind 74 kommunistische und 5 Stimmen der SVP. Von der Deutschen Volkspartei fehlten außer den beurlaubten Mitgliedern auch die Abgg. Dr. Curtius und von Kardorff.

Die Mißtrauensanträge gegen den Reichswehrminister Groener werden mit 305 gegen 250 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Gegen diesen Antrag hat auch die Fraktion des Landvolks gestimmt. Fast ebenso wird ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erledigt. Die Anträge, den Reichstag aufzulösen, werden mit 299 gegen 228 Stimmen abgelehnt, nachdem Abg. **Döbrich** (Landvolk) erklärt hatte, seine Fraktion stimme dagegen, weil sie die Reichspräsidentenwahl nicht noch mehr politisieren wolle, und weil diese Debatte die Haltung der einzelnen Parteien bereits genügend dargelegt habe. (Heiterkeit.)

Große Radauszene.

Nun folgt der Antrag der Hakenkreuzler, dem Reichstagspräsidenten Löbe das Mißtrauen auszusprechen, sowie der Antrag der Deutschnationalen, ihn zum Rücktritt aufzufordern.

Abg. **Koenen** (Komm.): Wir lehnen den Antrag der Nationalsozialisten ab. In seiner Begründung heißt es, daß Löbe zum Bürgerkrieg aufgereizt habe. Das ist eine schlechte Komödie der Nazis, dieser Bürgerkriegsgarde des Großkapitals.

Die Hakenkreuzler erheben daraufhin ohrenbetäubenden Lärm. Sie schreien fortwährend „Raus", andere brummen in Nebelhornweise oder pfeifen auf Schlüsseln. Koenen spricht weiter, ist aber nicht zu verstehen. Schließlich stimmen die Kommunisten die Internationale an, worauf

Vizepräsident Esser die Sitzung unterbricht.

Nach wenigen Minuten eröffnet er sie wieder und leitet die Abstimmung ein, wobei er offenbar vergessen hat, daß Abg. Koenen noch am Worte ist. Koenen spricht noch einige Sätze unter dem Toben der Rechten.

Dann wird in namentlicher Abstimmung die Zulässigkeit der Anträge gegen den Präsidenten mit 321 gegen 226 Stimmen bei einer Enthaltung verneint.

Nunmehr sollen die Anträge erledigt werden, die Notverordnungen aufzuheben.

Abg. **Torgler** (Komm.) beantragt, den kommunistischen Antrag auf Einstellung aller Zahlungen an das Ausland vorwegzunehmen, damit sich die Nationalsozialisten dieser Abstimmung nicht entziehen können, da hinterher ihre eigenen Anträge kommen.

Abg. Dr. **Frick** (Nsoz.) spricht gegen diesen Antrag und will zuerst über die Aufhebung der Notverordnungen abgestimmt sehen.

Zum großen Verdruß der Hitlerianer, der sich in Zurufen „Eiserne Front" zu entladen sucht, wird der Antrag Torgler mit Hilfe der Sozialdemokraten, der Staatspartei und des Zentrums angenommen.

Abg. Dr. **Frick** (Nsoz.) beantragt getrennte Abstimmung. (Der erste Absatz des kommunistischen Antrags verlangt Einstellung der Tributzahlungen, der zweite Absatz Verbot aller privaten Schuld- und Zinszahlungen an das Ausland, und Bestrafung der Zuwiderhandlung als Kapitalflucht.)

Abg. **Torgler** (Komm.) lehnt namens der Antragsteller die getrennte Abstimmung ab, womit sie gefallen ist.

Abg. Dr. **Frick** (Nsoz.): Die Kommunisten glauben vergebens, uns in Verlegenheit setzen zu können. Unsere Haltung zur Tributfrage ist immer klar gewesen. Wenn wir seinerzeit nicht für einen kommunistischen Demonstrationsantrag im Ausschuß gestimmt haben, so dürfen Sie uns ruhig überlassen, den Zeitpunkt zu wählen, den wir für den richtigen halten. Bei getrennter Abstimmung hätten wir für den ersten Absatz und gegen den zweiten gestimmt.

Erklärungen gleichen Inhalts geben die Deutschnationalen und die Landvolkfraktion ab.

Der kommunistische Antrag wird bei 108 Enthaltungen (Schimpfrufe der Kommunisten gegen die Nazis, wie: Das Kreuz

Morgen neu! Morgen neu!

„Sonntag-Vorwärts" mit Wochenübersicht

und „Volk und Zeit" (Tiefdruckbeilage)

Der „Sonntag-Vorwärts" ist in Berlin zum Preise von 15 Pf. pro Exemplar bei allen Händlern zu haben. Er kann aber auch im

Abonnement zum Preise von nur 55 Pf. pro Monat frei Haus

bezogen werden. Der „Sonntag-Vorwärts" gibt unseren Freunden, die nicht mehr in der Lage sind, den Preis von 75 Pf. pro Woche für das volle Vorwärts-Abonnement zu erübrigen, die Möglichkeit, sich über die Politik der Partei und die sonstigen Ereignisse zu unterrichten. Wir bitten unsere Leser, im Genossen- und Freundeskreise auf diese Neuerung aufmerksam zu machen, für die auch viele politisch Interessierte gewonnen werden können. Abonnementsbestellungen nimmt jede Vorwärts-Ausgabestelle entgegen, sowie der

Verlag des „Vorwärts", Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernruf A 7 Dönhoff 292-97

der Ehrenlegion ist euch gewiß! und Sprechchor: Die Hitlerpartei — ist für Young-Sklaverei) mit 368 gegen 170 Stimmen abgelehnt.

Die Anträge der Flügelparteien, die Notverordnungen aufzuheben, werden durch Ueberweisung an den Haushaltsausschuß erledigt.

Die Ablehnung eines nationalsozialistischen Antrags auf Aufhebung der Versammlungs- und Redebeschränkungen während der Wahlzeit gibt den Hakenkreuzlern Anlaß zum Lärm.

Flucht der Nazis.

Abg. **Straßer** (Nsoz.) kündigt unter großem Lärm der Kommunisten den Auszug seiner Fraktion aus dem Reichstage an. Was hier getrieben werde, sei ein Affentheater.

Unter kommunistischen Sprechchören: „Tributknechte" und „Die Hitlerpartei ist für die Young-Sklaverei" ziehen die Hitlerianer aus.

Abg. Dr. **Leicht** (Bayer. Volkspartei): Straßer hat von einem Affentheater gesprochen. Ich konstatiere, daß jetzt keine Affen mehr hier sind. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. **Torgler** (Komm.): Die Nazis wären am liebsten schon vor der Entscheidung über unseren Tributantrag davongelaufen. Dabei mußten sie aber Farbe bekennen.

Abg. Sollmann (Soz.):

In den letzten Tagen ist hier von einer Partei der Deserteure gesprochen worden. Ich stelle fest, daß hier eine Partei desertiert ist, und zwar, um der Verantwortung vor dem deutschen Volk zu fliehen. Sie konnte nicht flüchten vor der Entscheidung über den Antrag wegen der sogenannten Tribute (Rufe rechts und äußerst links: Sogenannten?).

Die Herren sind desertiert wegen unseres Antrags auf Verstaatlichung der Montanindustrie

(Gelächter der Komm.), der die Bergwerke der demokratischen Volkskontrolle unterstellen will.

Die Verstaatlichung der Schwerindustrie.

Die bereits veröffentlichten programmatischen Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Kommunistische Anträge werden abgelehnt, darunter solche auf Anschluß der Reichsregierung an die Abrüstungsforderung Litwinows und auf Austritt aus dem Völkerbund. Zu dem letzten Antrag erklären die Abgg. Gottheiner (Dnat.) und Döbrich (Landv.), daß sie zwar auch grundsätzlich dafür seien, aber wegen der Motivierung gegen den Antrag stimmen.

Braunschweiger Polizeikostenzuschüsse sollen gesperrt werden.

Ein kommunistischer Antrag auf Einstellung der Zahlung von Polizeikostenzuschüssen an die Länder wird abgelehnt,

der gleiche Antrag gegen die Regierung von Braunschweig aber mit 232 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen.

Weitere kommunistische Anträge werden unter dem Protest der Antragsteller durch Ausschußüberweisung erledigt. Anträge der Nationalsozialisten auf Antrag Dittmann (Soz.) durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, weil die Antragsteller den Reichstag verlassen haben.

Groeners Reichswehrerlaß soll aufgehoben werden.

Ein kommunistischer Antrag, die Reichsregierung um Aufhebung des bekannten Groener-Erlasses zu ersuchen, wird mit 226 gegen 173 Stimmen bei 38 Enthaltungen angenommen.

Einige weitere KPD.-Anträge (Sozialpolitische Forderungen) werden mit Hilfe der Sozialdemokratie angenommen.

Gegen den Butterzoll.

Ein Ersuchen an die Regierung, die Erhöhung des Butterzolls zurückzunehmen, für das auch die Sozialdemokraten stimmen, wird im Hammelsprung mit 204 gegen 187 Stimmen angenommen.

Die weiteren Abstimmungen ziehen sich bis nach 9 Uhr abends hin. Dann folgt ein kommunistischer Antrag, im Anschluß an das vormittags vom Abg. Jaddasch verlesene Telegramm, wonach die 7 Geretteten der Karsten-Zentrumsgrube in Beuthen um den Lohn für die Verschüttungszeit gebracht worden seien.

Reichsarbeitsminister Stegerwald

teilt die Auskunft der Preußischen Bergbehörde mit, wonach die Geretteten ihren normalen Schichtlohn für alle Einschließungstage, außer den 50 Mark, ferner von der Preußischen Reg. rung jeder 200 Mark, aus Privatspenden weitere 100 Mark und zahlreiche Lebensmittel, endlich bezahlten Urlaub, nachher Beschäftigung mit leichterer Arbeit erhalten. Es sei für die Geretteten wie für die Hinterbliebenen alles Mögliche geschehen.

Abg. Husemann (Soz.): Nach mir gewordener telephonischer Mitteilung trifft das Telegramm nicht zu, sondern es ist die ganze Einschließungszeit bezahlt worden. Wir stimmen für die ersten drei Punkte der kommunistischen Entschließung und beantragen, den Rest dem Sozialpolitischen Ausschuß zu überweisen.

Es wird so beschlossen. — Die Einsprüche einiger Faschisten gegen Ordnungsmaßnahmen des Präsidenten werden zurückgewiesen.

Der Präsident schlägt vor, die Bestimmung der nächsten Sitzung ihm im Einvernehmen mit dem Aeltestenrat und der Regierung zu überlassen.

Es wird so beschlossen, gegen 10 Uhr schließt die Sitzung.

Wahltermin: 13. März.

Auslegung der Stimmlisten vom 3.–6. März.

Im Reichstag wurde am Freitag einmütig dem Vorschlage des Reichsinnenministers zugestimmt, als Wahltage für die Reichspräsidentenwahl den 13. März und den 10. April festzusetzen.

Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarteien für die Reichspräsidentenwahl vom 3. bis 6. März auszulegen sind. Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen.

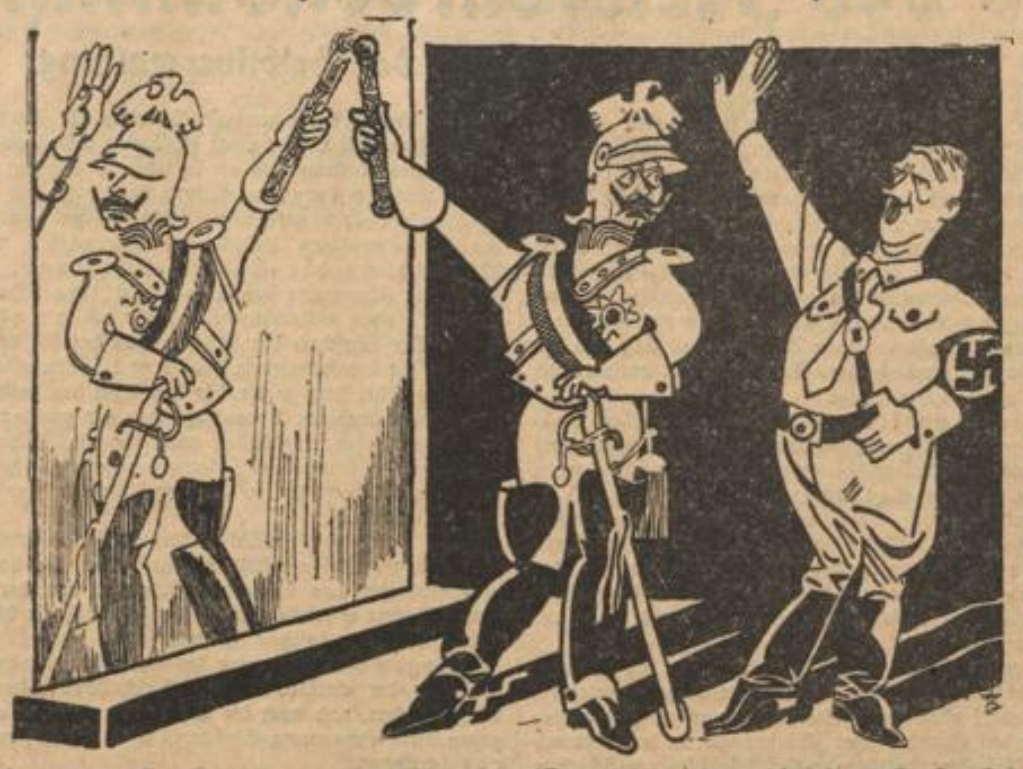
Der Eid auf Weimar.

Der Herr Regierungsrat hat ihn geschworen.

Der Herr Regierungsrat Adolf Hitler hat sich gestern nachmittag in der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zum Dienstantritt gemeldet, und hat vor dem Gesandten von Baden den Diensteid geleistet. Er hat also Treue zur republikanischen Verfassung von Weimar geschworen. Nach diesem Eid hat er „die Dienstgeschäfte übernommen".

Leo **Trotzki** hat die tschechische Regierung um eine Einreisebewilligung nach der Tschechoslowakei ersucht. Die tschechische Regierung dürfte diesem Ersuchen stattgeben, soweit Trotzki die Paßvorschriften ordnungsmäßig erfüllt. Wie verlautet, beabsichtigt er, in Teplitz oder in Pystian Aufenthalt zu nehmen.

Adolf nimmt Unterricht.



Wilhelm: „Großartig, großartig, Sie könnten mein leiblicher Sohn sein!"

Die Pleite als letzte Hoffnung.

Die sozialdemokratischen Anträge und die Schwerindustrie.

Die Gesetzentwürfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Arbeitsbeschaffung und zur Verstaatlichung der Schwerindustrie sind den Schwerindustriellen in die Glieder gefahren. Ihr Organ, die DAZ., deklamiert dagegen:

„Der Marxismus verspürt keine besondere Lust, ausgerechnet einen so schlechtgehenden und dabei so riesigen Industriezweig, wie die deutsche Montanindustrie, in eigene Verantwortung zu übernehmen. Auch dieser Umstand weist darauf hin, in wie hohem Grade es sich bei diesem Gesetzentwurf um einen Agitationsantrag handelt. Ueber die Sache selbst ist schon des öfteren so viel und so Deutliches gesagt worden, daß es sich erübrigt, noch einmal den vollkommenen Nonsens dieses Sozialisierungsplanes ausführlich zu erweisen."

Das klingt beinahe, als ob die Herren von Kohle und Eisen ihre Unternehmungen dem Staat schenken möchten, um aus ihrer Pleite herauszukommen! Nur Mut, meine Herren — der Marxismus scheut die Verantwortung nicht! Es ist noch nicht so sehr lange her, daß die Bankfürsten jeden Gedanken an das, was jetzt im Bankwesen geschehen ist, mit ähnlicher Handbewegung als „vollkommenen Nonsens eines Sozialisierungsplans" beiseite geschoben hätten!

Wenn die Herren übrigens glauben, daß ihre tatsächliche Pleite eine Garantie gegen Verstaatlichung ist — weil sie früher einmal die umstrittene These von der Sozialisierung der Pleiten als Rettungsanker für sich gehört haben — so sind sie gründlich im Irrtum; denn die Generalpleite des Kapitalismus ist der Zwang zu sozialistischen Eingriffen!

Dingeldeys Brockensammlung.

Die Volkspartei zerkracht. — Wieviel Stücke?

Die Abstimmungen im Reichstag haben zu einer weiteren Zersplitterung der Deutschen Volkspartei geführt. Die Fraktion der Volkspartei hatte den Anwesenheitszwang für die Abstimmung für ihr Mißtrauensvotum gefordert. Die Abgeordneten Dr. Curtius und von Kardorff haben trotzdem an der Abstimmung nicht teilgenommen. Dazu teilt nun der Pressedienst der Deutschen Volkspartei mit:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei trat nach dem Schluß der Plenarverhandlungen zu einer kurzen Sitzung zusammen. Die Fraktion nahm davon Kenntnis, daß die Herren Abgeordneten Dr. Curtius und von Kardorff an der Abstimmung über den volksparteilichen Mißtrauensantrag nicht teilgenommen haben und dadurch in Folgewirkung des Fraktionsbeschlusses automatisch aus der Fraktion ausgeschieden sind."

Wieder zwei weniger! Der Abgeordnete Hugo ist inzwischen als Rettungskommissar ins Rheinland geschickt worden, weil dort die Organisationen der Volkspartei zu Hugenberg überlaufen wollen.

Der Abgeordnete Dr. Curtius hat im übrigen die Organisation der Volkspartei in Baden hinter sich. Wir fragen uns: Wen hat Herr Dingeldey noch hinter sich? Woraus besteht die Volkspartei noch?

Hakenkreuzler als Tschechenspion.

Unter dem Verdacht der Werkspionage verhaftet.

München, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Der Waffenringstudent Erich Kolaczik stud. ing. an der Technischen Hochschule München, der bis Anfang dieses Semesters Vorsitzender des Hakenkreuz-Asta dieser Hochschule war, wurde unter dem Verdacht der Werkspionage zugunsten der Tschechoslowakei verhaftet. Er verriet sich durch eine verlorene Aktenmappe, in der Briefe an die tschechische Regierung und Pläne von der Gleisanlage des Münchener Hauptbahnhofs gefunden wurden.

Der Maulkrieger.

Der Oberbandit und die Posaune von Jericho.

Der Reichstag hat zwar die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung abgelehnt, aber der „Angriff" des Herrn Goebbels findet trotzdem, daß „das System" vernichtet sei. Fett über vier Spalten verkündet er über die ganze erste Seite hinweg: „Vernichtender Schlag gegen das System: Goebbels antwortet Brüning." Die Posaunen von Jericho waren Kindertrompetchen gegen das Maul von Josef Goebbels, des Oberbandits von Berlin.

Die erste Seite des „Angriff" von gestern ist auch noch in anderer Hinsicht interessant. Sie enthält als Auflagenachricht die kurze Rede Groeners, in der die Pöbeleien von Goebbels auf das schärfste zurückgewiesen und Goebbels beschleinigt wird, daß er den Krieg nur vom Hörensagen kennt.

„Vereinfachte" Sozialpolitik.

Beseitigung auf dem Verordnungswege.

Der „Vorwärts" hat wiederholt auf die Vorlage hingewiesen, die der Reichsarbeitsminister dem Reichsrat hat zugehen lassen und die eine Verordnung ist über eine angebliche Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung der Reichsanstalt. In Wirklichkeit verbirgt sich dahinter die Beseitigung der letzten Reste der Selbstverwaltung und die Verwirklichung des bisher nie erreichten Ideals der Unternehmer, soweit die sogenannten Notstandsarbeiter in Frage kommen: für die Festsetzung des Lohnes der Notstandsarbeiter soll künftig allein der Direktor des zuständigen Landesarbeitsamts nach eigener Machtvollkommenheit entscheiden. Die bisher von den Unternehmern vergeblich ersehnte Verwirklichung des uneingeschränkten Herr-im-Hause-Standpunkts.

Auf der gleichen Linie liegt der Versuch, die Ernennung der Facharbeiter der Arbeitsämter den Verwaltungsausschüssen zu entziehen. Was zur Folge haben würde, die Arbeitsämter mit Leuten zu besetzen, die von den fachlichen Bedürfnissen der Unternehmungen und von der Psychologie der Arbeitslosen keine Ahnung haben. Man will ja Voraussetzungen zur Anstellung schaffen, die die wirklich geeigneten Fachkräfte von vornherein ausschließen. Auf derselben Linie liegt es schließlich, wenn man im Gegensatz zu einer Entscheidung des Oberversicherungsamts die Nachzahlung der Beiträge — wenn der Unternehmer deren rechtzeitige Abführung versäumt hat — nicht mehr zulassen will. Damit wird einer großen Zahl von Versicherten unverschuldet der Anspruch auf Unterstützung entzogen, obwohl sie ihre Beiträge gezahlt haben.

Eine sehr vereinfachte Sozialpolitik also, mit der die reaktionärsten Unternehmer vollauf zufrieden sein können. Wir müssen dazu erklären, daß eine derartige Beseitigung der elementarsten Grundlagen jeder Sozialpolitik auf dem Verordnungswege eine Ungeheuerlichkeit wäre. Der Reichsrat muß den Reichsarbeitsminister auf den Weg der ordentlichen Gesetzgebung verweisen.

Deutsche leiten Chinas Abwehrkampf?

Japanische Drohungen.

Der Sonderberichterstatter des Stockholmer „Svenska Dagbladet" in Schanghai behauptet, daß etwa 50 ehemalige deutsche Offiziere im chinesischen Heeresdienst stehen und an dem Abwehrkampf der 19. Armee bei Schanghai hervorragenden Anteil nehmen. Sie seien auf eigene Faust nach China gekommen. Der unerwartet erfolgreiche Widerstand der Chinesen werde allgemein auf diese deutschen Berater zurückgeführt, unter denen der Generalleutnant a. D. Wetzel, früherer Mitarbeiter Ludendorffs, die entscheidende Rolle im chinesischen Hauptquartier spiele.

Die Japaner drohten bereits, sich an dem Eigentum der deutschen Kaufleute in Schanghai schadlos zu halten (!!), wenn die deutschen Offiziere ihre Tätigkeit nicht einstellten. Die deutsche Kaufmannschaft habe daher gegen diese Teilnahme deutscher Offiziere am chinesischen Abwehrkampf Stellung genommen.

Japanischer Fliegerangriff auf chinesischen Flugplatz.

London, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Ein japanisches Bombengeschwader, bestehend aus 25 Flugzeugen, bewarf am Freitag die chinesische Flugstation Hankew, einer 150 Kilometer südwestlich Schanghai gelegenen Stadt. Elf chinesische Flugzeuge wurden zerstört, drei, die sich in der Luft gegen die Angreifer wandten, wurden abgeschossen. Die Japaner verloren ein Flugzeug.

An der Front vor Schanghai behaupten die Japaner, den heiß umstrittenen Vorort Kiangwan von dem Gros der chinesischen Armee abgeschnitten zu haben.

Die polnische Staatsbahn verfügte Ende v. J. über einen Bestand von 5401 Lokomotiven, 12 088 Personenwagen und 156 081 Güterwagen.

Die russische Regierung beabsichtigt, das russische Luftverkehrsnetz im laufenden Jahre bis auf 48 000 Kilometer auszudehnen.

Kurs des Reichsarbeitsministers.

Nach den Leistungsabbau, Abbau der Selbstverwaltung.

Für den Kurs, den der Reichsarbeitsminister steuert, ist auch folgender Vorgang bezeichnend. Im Rahmen der Etatsberatungen der Reichsanstalt spielte auch die Ernennung des stellvertretenden Präsidenten der Reichsanstalt eine große Rolle. Der Posten des Vizepräsidenten ist infolge der Umbesetzung in den führenden Stellen der Reichsanstalt freigeworden. Der Vorstand war fast geschlossen einig in dem Wunsch, den bisherigen zuständigen Sachbearbeiter im Reichsarbeitsministerium, Beisiegel, an dieser Stelle zu sehen. Das Reichsarbeitsministerium aber hatte anders beschlossen. Unter Berufung auf sein von der Meinung des Vorstandes unabhängiges Vorschlagsrecht hatte es sich für Ministerialrat Peckert festgelegt.

Die freigewerkschaftlichen Vertreter gaben, nachdem ihr Einspruch gegen die ihres Erachtens sachlich nicht begründete Stellungnahme des Reichsarbeitsministers ergebnislos geblieben war, im Verwaltungsrat folgende Erklärung ab:

„Die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat der Reichsanstalt erblicken in der Ernennung des Herrn Ministerialrats Peckert zum stellvertretenden Präsidenten der Reichsanstalt keine geeignete Lösung dieser für die weitere Arbeit der Anstalt äußerst wichtigen Personalfrage, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Herr Peckert ist in der Vergangenheit in den Aufgabengebieten der Reichsanstalt in keiner Weise führend hervorgetreten; die Reichsanstalt bedarf aber zur Vertretung des ersten Präsidenten eines Mannes, der auf Grund langer Erfahrungen in den schwierigen Fragen der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und auf Grund einer genauen Kenntnis der inneren Einrichtungen der Reichsanstalt in der Lage ist, diesen wichtigen Arbeitsplatz vom Tage seines Amtsantritts an in jeder Beziehung auszufüllen.

2. Auch bei der gegenwärtigen Rechtslage, die dem Vorstand der Reichsanstalt kein gesetzliches Recht zusichert, bei der Ernennung des stellvertretenden Präsidenten mitzuwirken, bedeutet es eine Mißachtung der Selbstverwaltung, wenn bei einer derartigen Ernennung der ausdrückliche Wunsch des Vorstandes ohne einleuchtende Gründe völlig unberücksichtigt bleibt. Der Vorstand der Reichsanstalt hat sich aber beinahe einmütig für die Ernennung des Herrn Ministerialrats Beisiegel ausgesprochen, bei dem er die für das Amt des stellvertretenden Präsidenten notwendigen Voraussetzungen als gegeben ansieht.

Unter diesen Umständen muß für die Zukunft die unbedingt notwendige reibungslose Zusammenarbeit zwischen dem Vorstand und dem stellvertretenden höchsten Beamten der Reichsanstalt gefährdet erscheinen.

Die freigewerkschaftlichen Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat der Reichsanstalt richten daher an den Herrn Reichsarbeitsminister das dringende Ersuchen, von der Kandidatur des Herrn Peckert abzusehen und seinen Einfluß für die Ernennung des Herrn Beisiegel einsetzen zu wollen."

Gegen die Ernennung des Herrn Peckert hatten sich auch die Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ausgesprochen, und auch die Arbeitgeberverbände nahmen gegen diese Ernennung Stellung. Nun hat sich noch der Reichsrat zu äußern.

Für die Eiserne Front!

Kundgebung des Personals des Polizeipräsidiums.

In einer machtvollen Kundgebung im Hackeschen Hof vollzogen gestern abend die Arbeiter und Angestellten des Berliner Polizeipräsidiums ihren Anschluß an die Eiserne Front.

Ueber 500 Männer und Frauen waren dem Ruf zur Bildung der Eisernen Front gefolgt. Im Mittelpunkt der Kundgebung stand ein Referat des Bürgermeisters Genossen Mielitz über das Wesen und die Ziele des Nationalsozialismus. Mit treffenden Worten kennzeichnete er die Naziführer. Mit Beifallskundgebungen unterstrich die Versammlung die scharfe Kritik des Redners. An der internationalen Verbundenheit der Wirtschaft und an den ebenso internationalen Krisenerscheinungen führte Genosse Mielitz den Versammelten vor Augen, wie unsinnig die Versprechungen der Nazis sind, durch eine Aenderung des Regierungssystems in Deutschland eine Konjunkturbelebung herbeiführen zu wollen. An der Eisernen Front, diesem lebenden Schutzwall der Republik, werden sich die faschistischen Sturmgesellen den Schädel einrennen.

Der Appell des Referenten für den Sieg der Eisernen Front mit dem Einsatz aller Kräfte zu wirken, fand begeisterte Zustimmung. Die Ausführungen des Genossen Mielitz wurden durch einige anfeuernde Worte der Genossen Tabbert und Hildebrandt ergänzt. In dankenswerter Weise hatte sich der Männerchor Friedrichshain zur Verfügung gestellt, der die Kundgebung durch den Vortrag von Arbeiterkampfliedern wirkungsvoll umrahmte.

Gegen die Spaltung.

Im vollbesetzten großen Saal des Gewerkschaftshauses sprach gestern abend Genosse Ortmann vor den organisierten taubstummen Arbeitern und Angestellten. Die Darlegungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. An das Referat schloß sich eine äußerst angeregte Diskussion, in der sich die große Mehrheit für die Eiserne Front einsetzte. Als ein Kommunist in der bekannten Art gegen die Eiserne Front Propaganda zu machen versuchte, zwang ihn die Versammlung zum Abtreten. Die Parole der Eisernen Front zur Niederwerfung des Faschismus fand begeisterte Zustimmung.

Waisenhaus Rummelsburg.

In einer glänzend verlaufenen Kundgebung des Personals des Waisenhauses Rummelsburg, das, soweit dienstfrei, vollzählig erschienen war, referierte Genosse Dressel am Mittwoch über die Eiserne Front. Trotz wiederholter Aufforderung meldeten sich Gegner nicht zum Wort. Die Versammlung endete mit einem einmütigen Bekenntnis zur Eisernen Front. Ein voller Erfolg.

Bahnhof Kreuzberg der BVG.

In einer gut besuchten Belegschaftsversammlung der Belegschaft des Bahnhofs Kreuzberg der BVG. sprach am Dienstag Genosse Dressel über die Bildung der Eisernen Front. Gegner waren nicht vorhanden. Die Belegschaft bekundete ihren Willen, eine Hammerschaft zu bilden, um die Eiserne Front zu verstärken.

Friede im Versicherungsgewerbe.

Vereinbarung der Vertragsparteien.

Uns wird mitgeteilt: Unter Würdigung der schwierigen Gesamtverhältnisse haben die Tarifvertragsparteien im Versicherungsgewerbe sich dahin verständigt, den Manteltarifvertrag bis zum 31. September 1932 und die geldlichen Leistungen bis zum 30. Juni 1932 zu verlängern. Damit sind die im Versicherungsgewerbe vorliegenden Streitigkeiten erledigt.

Ueber den Ausgang der Verhandlungen zwischen dem Zentralverband der Angestellten und dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen berichtete gestern abend Genosse Brillke in einer Funktionärkonferenz des ZdA. Die erfolgreiche Verhandlungsleitung wurde allgemein anerkannt und das Ergebnis widerspruchslos gebilligt. Es wurde besonders hervorgehoben, daß der Abschluß das Ergebnis direkter Verhandlungen ist und eine freie Vereinbarung darstellt, die ohne Zuhilfenahme der Schlichtungsinstanzen zustande kam.

An den Funktionären und Mitgliedern liegt es nun, diesen Erfolg propagandistisch entsprechend auszuwerten. Dies allein ist eine Bürgschaft für die Zukunft.

Entlassungen bei der Reichsbahn?

Eine kommunistische Schwindelmeldung.

In der „Roten Fahne" vom Freitag wird auf eine „Vorwärts"-Notiz vom 23. Februar Bezug genommen und daran die Behauptung geknüpft, daß 32 000 Eisenbahner mit Zustimmung der „Gewerkschaftsbürokratie" entlassen werden sollen. Die Entlassungen seien bereits in vollem Gange. Wie verhält es sich damit?

Der Verfasser Chwalek bringt eine Aufstellung, wonach im Jahre 1931 das Reichsbahnpersonal aus 502 000 Köpfen bestanden hätte, während für das Jahr 1932 nur 470 000 vorgesehen seien.

Die Bahnunterhaltungsarbeiter und die Werkstättenarbeiter, gegenwärtig zusammen etwa 145 000 Köpfe, sind in dieser Aufstellung überhaupt nicht enthalten. Das Gesamtpersonal einschließlich der Aushilfs- und Zeitarbeiter bestand im Dezember 1931 aus 641 000 Köpfen. Das ständige Personal bestand aus 627 000 Köpfen. Wenn man nun Chwaleks Zahlen, die für 1932 ungefähr richtig sind, noch durch die unterschlagenen rund 145 000 Bahnunterhaltungs- und Werkstättenarbeiter ergänzt, dann kommt man für das Jahr 1932 auf 615 000 Köpfe gegen 627 000 im Jahre 1931. Die Differenz von 12 000 Köpfen ergibt sich aus dem natürlichen Abgang, der nicht ersetzt worden ist und im Durchschnitt ungefähr 4 Proz. beträgt.

Entweder schreibt der Chwalek, der auch den Reichstag ziert, über Dinge, die er nicht kennt oder er schwindelt. Da Chwalek die Gesamtpersonalziffer bekannt sein muß, ist die Schlußfolgerung naheliegend.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands wird nach wie vor alles daran setzen, seine Mitglieder gegen Entlassungen zu schützen. Das gleiche ist von den übrigen Gewerkschaften anzunehmen.

Eugen Junghans

Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hat einen schweren Verlust erlitten. Am 26. Februar starb im Urbankrankenhaus der Gauleiter Genosse Eugen Junghans im 57. Lebensjahr. In dem Verstorbenen verliert die Organisation einen ihrer besten Mitarbeiter. Junghans erlernte das Braugewerbe und trat bald nach seiner Lehre der Gewerkschaft bei. Der Haß der Unternehmer trieb ihn bald aus seiner sächsischen Heimat. Er fand in Berlin seinen weiteren Wirkungskreis, wo er einige Jahre Vorsitzender des Arbeitsausschusses bei Schultheiß war. Am 1. März 1929 wurde er zum Gauleiter für Brandenburg-Pommern berufen. Durch seine umsichtige Leitung und seine großen Kenntnisse baute er starke örtliche Organisationen aus und überspannte den Gau mit einem engmaschigen Netz von Tarifverträgen. In den Tagungen der Verbandskörperschaften wurden seine Vorschläge und seine Einstellung zu schwierigen Fragen beachtet und danach gehandelt.

Viel zu früh mußte Junghans scheiden. Eine tückische Krankheit zehrte lange Zeit an dem rastlos und nimmermüden Kämpfer. Sein Werk wird ihm dauernd ein ehrendes Andenken sichern.

Die „nationalen Belange" des Kapitals.

In der Textilindustrie des Rheinlandes sind Bestrebungen zur Abwanderung ins Ausland zu beobachten. Im Bezirk Krefeld hat, wie verlautet, ein Betrieb der Seidenindustrie bisher rund 50 Webstühle nach England verlegt. Das „nationale" Kapital. Wenn arbeitslose Facharbeiter, die von den Unternehmern auf das Pflaster geworfen wurden, sich im Ausland eine Existenz gründen wollen, werden ihnen die größten Schwierigkeiten gemacht.

SPD.-Metallarbeiter! Montag, 29. Februar, 19½ Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17—18, Versammlung aller SPD.-Metallarbeiter. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung. 2. Neuwahl der Fraktionsleitung. **Der Fraktionsvorstand.**

SPD.-Genossen der Staatlichen Münze. Sonntag 8½ Uhr im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40—41, wichtige Fraktionsversammlung. Tagesordnung: 1. „Die Bedeutung der bevorstehenden politischen Entscheidungen". Referent Karl Dressel. 2. Fraktionsangelegenheiten. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. **Der Fraktionsvorstand.**

SPD.-Fraktion bei der BVG.-Henningsdorf. Alle Genossen sind verpflichtet, die am Montag, 29. Februar, 18 Uhr, im Lokal Fehlhamm stattfindende Frauenkundgebung zu besuchen. **Der Fraktionsobmann.**

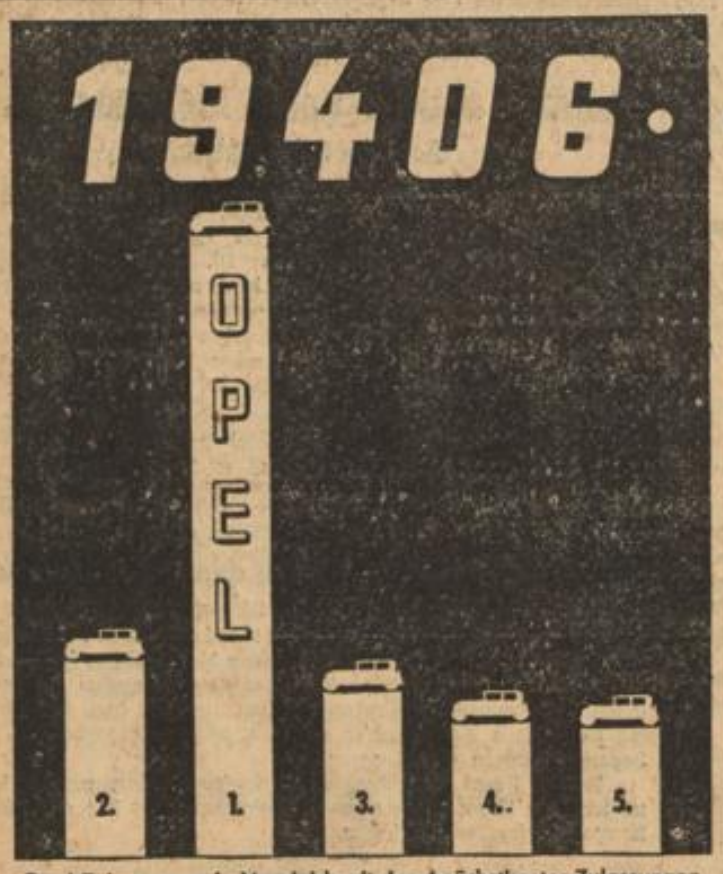
Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Sonnabend, 27. Februar, findet folgende Veranstaltung statt: **Flughafen:** Jugendheim Flughafenstraße 68 (U-Bahn Boddinstraße). Uebungsabend.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute übt der Singekreis von 20 bis 22 Uhr im Jugendheim Lilistr. 4.

Verantwortlich für Politik: **Victor Schiff**; Wirtschaft: **G. Klingelhöfer**; Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner**; Feuilleton: **Dr. John Schikowski**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.



Opel-Zulassungen im Vergleich mit den 4 nächstbesten Zulassungen.
1931 wurden dreimal soviel Opelwagen neuzugelassen wie Wagen irgend eines anderen Fabrikates.

. . urteilssichere Käufer kauften OPEL

mehr als dreimal soviel OPEL Wagen wie jedes andere Fabrikat,

WEIL die Herstellung von Qualitätswagen in der Großproduktion weniger kostet als bei der Fabrikation kleiner Mengen, Opel also Qualitätswagen zu niedrigeren Preisen verkaufen kann,

WEIL Opel-Konstrukteuren Erfahrungen zur Seite stehen, die beim Bau von 20 Millionen Wagen erarbeitet wurden,

WEIL Opel-Konstruktionen erprobt sind und Opelwagen im harten Dienst täglicher Gebrauchskilometer ihre Zuverlässigkeit bewiesen haben,

WEIL Opelfahrern eine geschulte und am weitesten verzweigte Händler- und Kundendienstorganisation zur Verfügung steht,

WEIL die wirtschaftliche Stärke der Opelwerke zum wirtschaftlichen Vorteil für Opelkäufer wird, denn: je stärker das finanzielle Fundament, desto günstiger die Bezugskosten für Qualitätsmaterial,

WEIL Opel auch in Zukunft Automobile bauen und das riesige, sicher fundierte Werk stets hinter seinen Wagen stehen wird.

OPEL *erfahrungsgemäss überlegen!*

Die herabgesetzten Preise: 1,2 Ltr. 4 Zyl. von RM **1890** an. 1,8 Ltr. 6 Zyl. von RM **2695** an. Preise ab Werk Rüsselsheim a. M. Bequeme Zahlungsbedingungen durch die Allgemeine Finanzierungs-Gesellschaft. **Machen Sie eine Probefahrt!**

Die Brauereien schließen!

Vorsorgliche Kündigung aller Berliner Brauereiarbeiter!

Der Bierboykott, der von dem unter kommunistischer Führung stehenden „Kampfausschuß der Berliner Gastwirte" eingeleitet worden ist, hat eine außerordentlich ernste Wendung genommen. Der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend will seine gesamte Arbeiterschaft kündigen; er hat am Freitagfrüh folgende Bekanntmachung in den ihm angeschlossenen Werken zum Aushang bringen lassen:

„Seitens der Berliner Gastwirte-Organisationen ist mit dem gestrigen Tage für den Bezirk Groß-Berlin der Bierboykott erklärt worden. In Ausführung eines dadurch notwendig gewordenen gemeinsam gefaßten Beschlusses der Berliner Brauereien sehen wir uns zu unserem großen Bedauern gezwungen, vorsorglich unserer Arbeiterschaft mit Wirkung zum 4. März 1932 zu kündigen. Wir hoffen, daß es in Kürze gelingen wird, eine Aufhebung des Boykotts zu erreichen, so daß von einer Durchführung der oben ausgesprochenen Kündigung ganz oder teilweise Abstand genommen werden kann." Dieser Bescheid der

„vorsorglichen Kündigung" aller Berliner Brauereiarbeiter

wurde ursprünglich den einzelnen Betriebsräten zugeleitet, die den Empfang dieses Schreibens unterschriftlich bestätigen sollten. Dies lehnten die Betriebsräte ab, zumal auch für sie die Kündigung Geltung haben sollte, obwohl in derartigen Fällen die Betriebsvertretungen den Schutz des § 97 des Betriebsrätegesetzes genießen. Auf allen Werken legten die Betriebsvertretungen sofort energischen Protest gegen diese Kündigungsaktion der Brauereiunternehmer ein. Außerdem ist

die große Mehrzahl der Berliner Brauereien übereingekommen, vom heutigen Sonnabend ab ihre Betriebe zu schließen.

Erst am Donnerstag kommender Woche sollen die Betriebe wieder geöffnet werden. Hierzu ist zu bemerken, daß jeweils am Mittwoch die Brauereien ohnedies stilliegen, da gegenwärtig die fünftägige Arbeitswoche für die Produktion genügt. Für den ausfallenden Sonnabend, Montag und Dienstag erhalten die Brauereiarbeiter ihren Lohn weitergezahlt, sie sind also praktisch beurlaubt. Diese Urlaubstage sollen dann auf den kommenden Sommerurlaub verrechnet werden.

Die Brauereien glaubten diese folgenschweren Maßnahmen ergreifen zu müssen, da es wenig Zweck hat, die Bierwagen ausfahren zu lassen, weil sich die Gastwirte weigern, selbst früher bestelltes Bier den Kutschern abzunehmen. Dagegen wird uns vom Zentralverband der Restaurant-, Hotel- und Cafehausangestellten mitgeteilt, daß sich am Freitag die Zahl des gekündigten Gastwirtspersonals nicht erhöht ist. Trotzdem hat am Donnerstag die Berliner Generalversammlung dieses Verbandes eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß sie der Boykottbewegung der Gastwirte ablehnend gegenübersteht.

Inzwischen sind

die Gastwirte weiter am Werk, alle Möglichkeiten eines Biervertriebs zu unterbinden.

So hat der Verband der Feinkost- und Kolonialwarenhändler bekanntlich beschlossen, seine Mitgliedsfirmen anzuweisen, den Flaschenbierverkauf einzustellen. Diesem Beschluß haben sich die Milch- und Gemüsehändler gestern abend angeschlossen. Warum sich nun auch der Verband der Kantinenwirte mit einem Rundschreiben an seine Mitglieder wendet, den Bierverkauf einzustellen, ist nicht recht ersichtlich. Die Sachlage bei den Kantinen kompliziert sich überdies, da die Kantinen teils selbständig verpachtet, teils von Beauftragten der Belegschaften verwaltet werden. Wie wir auf eine Umfrage hin erfahren, haben es sich die Belegschaften entscheidender Berliner Großbetriebe gestern ganz energisch verbeten, daß in den unter ihrer Regie stehenden

Kantinen, deren ausschließliche Träger die Arbeiter und Angestellten sind,

außenstehende Unverantwortliche etwa einen Bierboykott provozieren. Denn bei der eigenartigen Entwicklung, die die reichlich wild begonnene Bierboykottbewegung jetzt nimmt, sind

die Gastwirte drauf und dran, sich alle Sympathien der Verbraucher zu verscherzen,

so zugespitzt auch ihre wirtschaftliche Lage im einzelnen sein mag. Die Bewegung der Gastwirte begann mit der Frontstellung gegen die Brauereien. Gestern, am zweiten Streiktage, haben die Gastwirte und die Brauereien bereits eine gemeinsame Plattform bezogen. Die ersten Opfer sind 7000 Brauereiarbeiter, ein Teil des Gastwirtspersonals und im weiteren Sinne die Verbraucher, die sich eine Flasche Wein nicht leisten können, sondern mit einem Glas Bier fürliebnehmen mußten.

Billige Osterreisen!

Festtagsrückfahrkarten vom 23. März bis 4. April.

Aehnlich wie beim vergangenen Weihnachtsfest beabsichtigt die Deutsche Reichsbahn, auch zu Ostern Rückfahrkarten auszugeben.

Die Benutzung der Festtagsrückfahrkarten soll diesmal auf sämtliche Verkehrsverbindungen innerhalb des Reichsbahnbereichs ausgedehnt werden, also nicht nur solche Stationen erfassen, für die Sonntagsrückfahrkarten vorgesehen sind. Um das umständliche Lösen von Anschlußkarten zu vermeiden, werden für solche Verbindungen, die in den Festtagen viel benutzt werden, von vornherein feste Karten ausgegeben werden. Für alle übrigen Verbindungen werden Blankofahrkarten zur Verfügung gestellt. Es ist jedoch notwendig, in solchen Fällen rechtzeitig, spätestens am zweiten Tage vor Antritt der Fahrt, die Blankofahrkarten bei den Fahrkartenausgaben oder MER.-Stellen zu lösen oder zu bestellen.

Die Festtagsrückfahrkarten gelten vom 23. März bis zum 4. April d. J., und zwar zur Hinfahrt an allen Tagen vom 23. März bis 28. März und zur Rückfahrt an allen Tagen vom 24. März 12 Uhr bis 4. April. Die Rückfahrt muß spätestens am 4. April 24 Uhr beendet sein. D-, FD- und FFD-Züge sind gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlags für die Benutzer der Festtagsrückfahrkarten freigegeben.

Die ungenügende Mietsenkung.

Mieter fordern Mieterschutz und Arbeitsbeschaffung.

Die Reichsorganisation der Mieter, Bund Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden, hat in diesen Tagen an den Reichstag und die Reichsregierung eine Entschließung gerichtet, in der folgende Hauptforderungen aufgestellt werden: Weitere Senkung der Mieten. Beseitigung aller Sonderzuschläge zur Miete. Mieterschutz für alle Wohn- und Gewerberäume in einem sozialen Mietrecht, gerechte Erfassung der Inflationsgewinne des Althausbesitzes in der Hauszinssteuer, Verwendung der Hauszinssteuer für die Arbeitsbeschaffung zur Förderung einer gesunden Wohnungswirtschaft.

Um dem Reichstag und der Reichsregierung zu zeigen, daß die Mieterschaft hinter diesen Forderungen wirklich steht, hat die Bundesleitung unter absichtlicher Ausschaltung von Großstädten, mit Ausnahme der Stadt Dresden als Bundessitz, eine Unterschriftensammlung als besondere Willenskundgebung unter den Wahlberechtigten von 27 Gemeinden in den verschiedensten Reichsteilen veranstaltet. Sie hat ohne vorherige Vorbereitung das Ergebnis gehabt, daß innerhalb 10 Tagen **511 587 Unterschriften** von Wahlberechtigten geleistet wurden. Diese veranstaltete Stichprobe läßt erkennen, wie sich eine Volksbefragung großen Stils über die Fragen der Wohnungswirtschaft im Reiche auswirken würde. Am selben Tage haben sich gegen 900 Mietervereine mit den gleichen Forderungen an den Reichstag und die Reichsregierung gewendet.

Neue Verstöße gegen Devisenordnung.

Es ist gelungen, zwei neue Fälle von Verstößen gegen die Devisenordnung aufzudecken. Im dem Fall eines Oesterreichers Tonner, der für einen Holländer Aktien in Höhe von 100 000 M. verkauft, aber den Erlös nicht auf Sperrkonto angelegt hat, wurden die Provisionen und erhebliche Vermögenswerte sichergestellt. Im zweiten Fall eines flüchtig gewordenen Prokuristen Scharl wurden Haftbefehl und Steckbrief erlassen; Sch. steht in dem Verdacht, durch das im Prozeß Gutherz nicht gerade rühmlich bekannt gewordene Londoner Bankhaus Singer u. Friedländer gleichfalls ausländische Wertpapiere in Deutschland verkauft und den Erlös statt auf Sperrkonto auf freies Inlandkonto angelegt zu haben.

Kleinhandel mit Seefischen.

Goerdeler bestimmt die Handelsspanne.

Der Preiskommissar Goerdeler hat jetzt auch die Preisbildung im Kleinhandel mit frischen, geräucherten und marinierten Seefischen einer Nachprüfung unterzogen. Das Ergebnis dieser Prüfung ist eine Verordnung vom 22. Februar, nach der der Aufschlag des Kleinhandels auf seine Einkaufspreise bei Seefischen — Kabeljau, Schellfisch, Heringe, Bücklinge, Sprotten, Flundern usw. — im Durchschnitt 15 Pf. je Pfund beträgt, gleichgültig, ob es sich um frische oder geräucherte Fische handelt. Niemals darf der Aufschlag 33 Proz. des Einkaufspreises überschreiten.

Beim Verkauf von frischen Fischen darf der Einkaufspreis zum Ausgleich des Verlusts aus Schwund und Einwiegen um 5 Proz. erhöht werden; werden frische Fische stückweise oder gereinigt (nach Entfernung von Vorderschnitt, Schwanz, Flossen usw.) verkauft, darf der Einkaufspreis um weitere 22 Proz. erhöht werden. Der Aufschlag von 33 Proz. des Einkaufspreises berechnet sich dann also von diesen erhöhten Einkaufspreisen. Im Kleinhandel mit Marinaden darf der Aufschlag nicht höher als 33 Proz. des Einkaufspreises sein; er soll in der Regel 15 Pf. für eine Literdose und 12 Pf. für eine Halbliterdose betragen. Im Läden, Schaufenstern und Verkaufsständen sind Preisverzeichnisse auszuhängen, die Preise, Sorten und Qualitäten anzugeben haben. Die Preise dürfen nur auf volle Pfennige aufgerundet werden.

Damit ist ein für den Arbeiterhaushalt besonders wichtiges Gebiet unter Kontrolle gestellt worden. Hausfrauen, achtet auf die Preise und auf die Pfennigrechnung!

Billiger Sonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend, 27. Februar, kostet der Eintritt in den Zoologischen Garten bereits von 12 Uhr mittags ab nur 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder bis zu 10 Jahren; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.

21

Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Verschleppte Magenkatarrhe und die Wirkungen der Schwarzbrotportionen vervollständigten diese märchenhafte Duftsinfonie.

Auf dem Tisch, in einer Ecke der Zelle, blakte eine Petroleumlampe. Ein braunes Dunkel hing über der ganzen Zelle. Aus der dichten Finsternis der Ecken kamen saftige Schnarchlaute. Eine Gruppe von Häftlingen saß, die Hemden vor sich auf den Knien, am Tisch, aus den Nähten ihrer zerrissenen graubraunen Hemden holten sie methodisch und sachgemäß große Läuse heraus und warfen sie in die Lampe. Wenn eine Laus gegen das erhitzte Glas des Zylinders oder an den Docht geriet, dann gab es ein leises Knistern. Der ganze untere Teil des Zylinders war mit braunen Punkten bedeckt.

Andere, die ihren Schlafplatz weiter weg von der Lampe gefunden hatten, legten die Läuse auf ein Stückchen Papier und zerknickten sie mit dem Daumennagel.

Am Tisch gab es ein halblautes Gespräch.

„Diese Kurskr braten die Läuse wie Fische. Ruinieren bloß die Lampe. Sieh doch, das ganze Glas haben sie versaut."

„Gut, immer gib ihm! Habe ich vielleicht deine gebraten? Habe genug an meinen eigenen."

„Warte nur, bis du nach Kursk kommst, da wirst du nicht mehr an deine Läuse denken. Da braten sie dich selbst."

„Laß nur gut sein, mein Lieber, unsereinem kannst du mit Kursk nicht bange machen. Kursk kennen wir schon."

In diesen wenigen Tagen hatte ich bereits mehr als einmal jenen mit Schauder ausgesprochenen Städtenamen gehört. Alle suchten einander mit dem Wort „Kursk" in Schrecken zu jagen und erschraken doch selbst beim Gedanken an Kursk.

Es gibt schlimme und weniger schlimme Gefängnisse. In einem Gefängnis ist die Verpflegung gut, im anderen schlecht. Hier ist es kalt, dort warm. Hier ist es erlaubt, Geschenke vom Publikum anzunehmen, dort nicht. Hier zwingen sie einen zur Arbeit, dort nicht. Und jeder Neuling bekommt unterwegs von den Erfahrenen alles zu hören, was über jedes beliebige russische Gefängnis zu sagen ist. Wer wo Gefängnisdirektor ist, was für Leute die Gefängnisbeamten sind, wie oft dahin und dahin ein Transport in Marsch gesetzt wird, was man zu essen kriegt, wie die Strafzelle beschaffen ist und ob man was in die Fresse kriegt.

Ebenso gut wissen sie mit den Begleitmannschaften Bescheid. Die Frage der Begleitmannschaften ist genau so wichtig.

Ich hatte bereits erfahren, daß die Charkower Eskorte die aller unangenehmste war. Von ihr hatte mir ein Häftling erzählt, der trotz seiner Jugend schon allerhand Erfahrungen gesammelt hatte und in Dutzenden von Gefängnissen gewesen war. Von sich selbst berichtete er, er sei von Beruf ein sogenannter „kalter Schuster", den kein Meister annimmt, weil er „schwach im Frack" ist. Das bedeutete, wie er mir erklärte: „Nichts an Kluft außer Hemd und zerrissenen Hosen! Na, da will natürlich kein Meister ran. Und selber was anfangen, so mit Arbeiten, da gibt's nichts, hab eben kein Arbeitszeug. Na, und fressen will man doch, da geht man eben kaufen."

Unter diesem Wort „kaufen" versteht man ganz einfach „stehlen".

Er war häufig geklappt worden, und da er keinen Paß hatte, wurde er auch jetzt wieder per Schub in seine Heimat befördert.

Ueber Charkow war er unter der Obhut des Charkower Transportkommandos gebracht worden; dies hatte sich durch sinnlose Grausamkeit ausgezeichnet, hatte den Inhaftierten nicht einmal erlaubt, sich während der Fahrt von ihren Plätzen zu rühren oder aus dem Fenster zu sehen, und hatte überdies je zwei und zwei mit Handketten aneinander gefesselt. Es war vorgekommen, daß die Begleitmannschaften einen Gefangenen mißhandelt hatten; er versuchte sich zu wehren, und sie erschossen ihn im Waggon „wegen Fluchtversuchs". Ein anderes Mal hatte einer während des Verladens wirklich eine verdächtige Bewegung gemacht, hatte sich hinter dem Waggon unsichtbar machen wollen, und die Leute von der Eskorte hatten daraufhin wahllos in die Menge der Häftlinge hineingeschossen und eine ganze Reihe von ihnen getötet und verwundet. Mißhandlungen während des Transports gehören zu den alltäglichen Vorkommnissen.

„Warte nur ab, du wirst ganz bestimmt dem Charkower Kommando zugeteilt, da wirst du Augen machen!"

Einstweilen aber hatte die fürchterliche schlaflose Nacht in der stinkenden Zelle des Kiewer Gefängnisses noch kein Ende genommen. Mein Platz auf dem gemeinsamen Pritschengestell war in nächster Nähe des Kübels. Je früher einer angekommen war, um so weiter entfernt von dem Kübel hatte er sich für die Nacht eingerichtet.

Ein kleines zierliches Männchen mit halbergrauten Bartstoppeln, wendig und gesprächig, zieht sein Hemd aus und klaubt sich die Läuse aus den Falten. Dann schraubt er den Brenner von der Lampe, hält sie in der linken Hand, tunkt mit der rechten ein zusammengedrehtes Stück Zeitungspapier in das Petroleum und beschmiert damit seine Hemdnähte.

„Ja, was die Läuse sind, da bin ich sozusagen wie ein Professor! So eine Laus ist ein verfluchtes Tier . . . ja. Die gehen an mich, bei Gott, also schon mindestens millionenweise. Jawohl! Ich bin das schon lange gewöhnt. Aber wer es nicht gewöhnt ist, na, der hat eben nichts zu lachen. Diese Teufelsbestien lieben ja nichts so sehr wie die blanke Haut. Schmeißen sich auf frisches Blut wie die Raubtiere."

Er kratzte sich mit allen fünf Fingern in den Achselhöhlen, gähnte, bekreuzte sich den Mund und fuhr fort: „Solange der Mensch in Bewegung ist, da versteckt sich die Laus in einer Falte, sitzt still, sagt keinen Ton. Da merkt man sie gar nicht. Aber setz dich erst mal hin, steh still oder lege dich nieder, da ist der Teufel los! Zum Kaputtgehen ist das. Aber das Petroleum, das können wir nun mal nicht vertragen, davor laufen sie wie der Teufel vor Weihrauch. Wo es im Gefängnis genug Petroleum gibt, da ist es gut, da kann man sie abschmieren und ruhig schlafen."

Am Morgen wurden wir von einem Pfiff in die Höhe gerissen. Nach dem Appell bekamen wir kochendes Wasser und die Brotportion. Kein einziger hatte Zucker oder Tee. Ich war die Hälfte meines mitgenommenen Vorrats losgeworden, weil ich einige Male jedem meiner Leidensgefährten ein Stück Zucker gegeben hatte. An diesem Morgen aber, ich erkläre nachher, wieso, trank dennoch die ganze Zelle Tee und dazu noch mit Zucker, — eine große Seltenheit in einem Durchgangsgefängnis, wo die überwiegende Mehrheit der Eingesperrten aus bettelarmen Tippelbrüdern besteht, die auch draußen in der Freiheit nicht immer genug zu essen gehabt haben.

(Fortsetzung folgt.)

Tödlicher Unfall beim Boxen.

Nachdem Völkner von Sabottke k. o. geschlagen.

Im Berliner Spichernring gab es am Freitag einen tödlichen Unfall in einem Boxkampf. Es standen sich im Halbschwergewicht die Berliner Sabottke und Völkner gegenüber. Völkner wurde mit einem Kinnhaken in der dritten Runde zu Boden geschlagen und schlug dabei hart mit dem Hinterkopf auf. Er erhob sich bei neun wieder und stellte sich seinem Gegner zum Kampf. Sabottke trieb Völkner jetzt in eine Ringecke und deckte ihn dort mit einem Hagel von Schlägen zu, so daß Völkner stehend k. o. ging. Der Schiedsrichter verpaßte es, den Kampf abzubrechen. Die Sekundanten bemühten sich sofort um Völkner, brachten ihn in die Ringecke und versuchten, den Boxer wieder zum Leben zu erwecken. Schließlich mußte er ins Krankenhaus übergeführt werden, wo die Aerzte nur den inzwischen erfolgten Tod feststellen konnten, der wahrscheinlich durch Gehirnblutung eingetreten ist.

Nachforschungen dienstlich verboten!

Immer neue Enthüllungen im Sklarek-Prozeß.

In der Rückschau auf die beiden letzten Tage des sich langsam abrollenden Sklarek-Prozesses verdient der Vorstoß des Verteidigers Sklareks, Dr. Pindar, am Donnerstag gegen Hoffmann, der einen fast tragigrotesken Ausgang nahm, Beachtung. Und zwar fragte Pindar, ob es richtig sei, daß Hoffmann den Sklareks in ihrem Büro Kreditanträge in die Feder diktiert und ihnen Tips gegeben habe, nachdem für Hoffmann vorher ein erstklassiges Diner von Peltzer herübergeholt worden sei. Hoffmann: „Ich habe im ganzen zweimal den Sklareks skizzenhafte Andeutungen über die Kreditanträge gegeben. Es soll sich dann, wie Hoffmann weiter ausführt, nicht um ein Diner, sondern um eine Pastete gehandelt haben, die er in einem Restaurant essen wollte. Durch Sklareks liebenswürdiges Drängen ließ er sich schließlich breitschlagen, die Pastete bei Sklareks zu essen. Und die Pastete, von der Hoffmann sprach, und das Diner, von dem Pindar sprach, bewirkten es denn auch wieder, daß Hoffmann vollkommen außer sich geriet, so daß der Vorsitzende eine Pause eintreten lassen mußte. Nach Wiedereröffnung der Verhandlung hielt der Vorsitzende Hoffmann entgegen, daß er bisher bestritten habe, den Sklareks irgendwelche Direktiven für die Kreditanträge gegeben zu haben, daß er es aber jetzt wohl zugeben müsse. Willy Sklarek erklärte hierzu, daß Hoffmann ihm nicht nur Stichworte angegeben, sondern die Kreditanträge völlig diktiert habe. Von Wichtigkeit war dann noch die Aussage des Obermagistratsrats Dr. Müller, der juristischer Dezernent bei der Stadtbank ist und am 25. September 1929, nachdem die Revisionsberichte über die Unregelmäßigkeiten bei den Bezirksämtern vorlagen, von Hoffmann und Schmitt zu den Sklareks geschickt wurde, um die Unterlagen einzusehen. Der Zeuge bekundete, er habe von den beiden Direktoren den Sonderauftrag gehabt, mit aller Vorsicht vorzugehen, da nach Ansicht der beiden nur ein Mißverständnis untergeordneter Organe vorläge. Die Sklareks ließen diese Unterlagen aber nicht einsehen, so daß Obermagistratsrat Dr. Müller wieder unverrichteter Dinge zur Stadtbank zurückgehen mußte. Der Zeuge bestritt, bei dieser Revision bei den Sklareks Kaffee getrunken zu haben.

Am gestrigen Freitag wurde hauptsächlich erörtert, auf welche Weise die angeklagten Stadtbankdirektoren Schmitt und Hoffmann die Revisionen bezüglich des Sklarek-Kredits zu verhindern suchten. Der Zeuge Rechnungsdirektor Neumann bekundete, daß er am 25. September 1929 bei seiner Vernehmung von Obermagistratsrat Dr. Brandes von der Hauptprüfungsstelle gefragt worden sei, ob er Anhaltspunkte dafür habe,

daß die beiden Direktoren Schmitt und Hoffmann von den Sklareks bestochen worden seien.

Er, der Zeuge, habe diesen Verdacht nicht direkt zurückgewiesen, weil er ja den freundschaftlichen Verkehr zwischen den Direktoren und den Sklareks gekannt habe. Er habe aber nicht angenommen, daß sie von dem Betrug gewußt hätten. Vors.: Wollte Direktor Schmitt die Aufklärung durch Obermagistratsrat Brandes verhindern? Zeuge: Verhindern ist wohl zuviel gesagt; Schmitt war wohl noch der Meinung, daß die Sklareks gute Leute sind, und er wollte die Verbindungen nicht stören. Rechnungsdirektor Neumann erwähnte ferner, daß Leo Sklarek in den kritischen Tagen, als die Revisionen schon im Gange waren, sich bei Hoffmann über die Einmischung der Unterorgane beschwerte und drohte, er würde jeden haftbar machen, der ihm seine Geschäfte störte. Leo Sklarek (den Zeugen anschreiend): Diese Aussagen haben Sie sich ja hier zurechtgemacht. Zeuge: Nein, denn ich stehe unter meinem Eide. Auf Fragen von R.-A. Dr. Glogauer, des Verteidigers Direktors Schmitt, warum er denn dem Vorstand von seinem Verdacht nicht in klarer Weise Mitteilung gemacht hätte, antwortete der Zeuge:

Ich weiß nicht, welche Beschwörungsformeln ich dem Vorstand gegenüber noch anwenden sollte.

Ich hatte doch schon alles gesagt. Ich war über das Verhalten der Direktoren erschüttert, denn Schmitt hatte mir doch dienstlich verboten, daß weiter nachgeforscht wurde. (Bewegung.)

Das Urteil im Kommunistenprozeß.

Die Verurteilten als Werkzeuge politischer Drahtzieher.

Nach mehrstündiger Beratung verkündete das Schöffengericht Lichtenberg unter Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Köhler das Urteil in dem Prozeß gegen die „Grönland"-Kommunisten wegen des beabsichtigten Ueberfalls auf die Nationalsozialisten. Die Angeklagten Schmoch und Wienrodt, die teils schwer vorbestraft und teils als Leiter der Gruppe anzusehen sind, erhielten je 2 Jahre und 1 Monat, der Angeklagte Jittlau 1 Jahr 9 Monate, der Angeklagte Friedrich 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Bei zwei weiteren Angeklagten erkannte das Gericht auf je 1 Jahr 4 Monate Gefängnis, bei dem Angeklagten Voß auf 1 Jahr 3 Monate und 1 Woche Gefängnis und bei den beiden übrigen Angeklagten auf je 1 Jahr 1 Monat Gefängnis. Das Gericht hatte die Angeklagten sämtlich des unerlaubten Waffenbesitzes und des unerlaubten Waffenerwerbs, sowie teilweise noch anderer kleinerer Waffendelikte (§ 127) für schuldig erachtet. Die beiden am wenigsten bestraften Angeklagten, wurden wegen ihrer Jugend aus der Haft entlassen, während die übrigen weiter in Haft blieben. Sämtlichen Angeklagten wurde die Untersuchungshaft angerechnet. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß es der Zweck der Bewaffnung und die Absicht der Gruppe war, einen Ueberfall auf die Nationalsozialisten zu verüben. Als strafmildernd sei anzusehen, daß die Angeklagten als Werkzeuge politischer Drahtzieher gehandelt hätten.

Der Skandal um die Ev. Zentralbank

Und die Rolle des Wehrkreispfarrers Irmer

Schon der erste Verhandlungstag gegen den famosen Direktor der Evangelischen Zentralbank Friedrich Paul Runk und dessen Bruder Adolf Runk enthüllte die skandalösen Zustände in der Evangelischen Zentralbank in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit. Die Evangelische Zentralbank sollte eine Genossenschaftsbank sein, war aber in Wirklichkeit alles andere als das.

Die geschäfts- und weltfremden evangelischen Pfarrer aus den entlegensten Winkeln Deutschlands gaben der Bank ihre Ersparnisse im Vertrauen auf ihren Amtskollegen, den Wehrkreispfarrer Irmer, der im Aufsichtsrat saß, aber auch im Vertrauen auf den Namen Evangelische Zentralbank, und bekamen keinen Pfennig wieder. Acht Millionen Mark beträgt der Gesamtverlust der Evangelischen Zentralbank, 5 Millionen davon waren Gelder von Pfarrern und ihren Gemeinden.

Der Herr Wehrkreispfarrer.

Ein drastisches Beispiel dafür, mit welcher Skrupellosigkeit gearbeitet wurde, lieferte der Zeuge M. Er besaß Ersparnisse in Höhe von 5000 Mark, suchte nach einer sicheren Anlagemöglichkeit. Der Umstand, daß ein richtiger Wehrkreispfarrer dabei war, stärkte sein Vertrauen besonders. Am 22. Juni, also zu einer Zeit, als die Bank mit Ausnahme von Schulden nichts mehr besaß, übergab er seine Sparkassenbücher dem Syndikus der Bank, Kieper: Ihr Geld legen wir auf Goldbasis an, es kann nie was passieren", sagte ihm dieser. Als im November die Hausbesitzerbank zusammenkrachte, schrieb M. einen verzweifelten Brief an die Privatadresse des Pfarrers Irmer und erhielt von dem Herrn Wehrkreispfarrer keine Antwort. Ein zweiter Brief folgte. „Es ist mein letztes Geld", heißt es darin, „ich bitte doch um Antwort". Im Namen des Pastors Irmer, der angeblich von der Devaheimangelegenheit voll in Anspruch genommen ist, erhält M. von der Zentralbank ein Schreiben: Es sei gar nichts zu befürchten; die Bank habe gar keine Verluste. Bitte nur keine Abhebungen. Sie würden es bereuen. Das war am 8. Dezember. Im Januar fliegt ein dritter Brief in die Wohnung des Pfarrers Irmer. Jetzt erst bequemt dieser sich zur Antwort: „Ich bin seit Ende des Jahres aus der Bank ausgetreten, habe nichts mehr mit der Sache zu tun." Die sauer ersparten 5000 Mark waren dahin.

Alles in bester Ordnung, sagt Irmer.

So ging es aber bereits seit Mai. Die Briefe wurden nur mit großer Verzögerung beantwortet, Geldüberweisungen wurden nicht mehr ausgeführt, der Aufsichtsrat Pfarrer Irmer wurde von seinen Amtskollegen bestürmt und gewarnt; er begnügte sich mit formalen Antworten, zeigte die kalte Schulter. Am 21. November 1931 schreibt ein Landpfarrer: „Die kleinste pommersche ländliche Sparkasse handelt korrekter als ihre Bank." Pfarrer Irmer antwortet: „Ihr Depot ist in Ordnung." In einem anderen Brief wird gewarnt: „Geehrter Herr Aufsichtsrat, ich habe seit langem kein Lebenszeichen von Ihrer Bank, ich warne Sie vor Ihrer Geschäftsführung. Die Zahlungsunfähigkeit der Bank steht fest. Mit christlichen Redewendungen ist die Sache nicht abgetan. Die Tatsachen werden verschleiert. Offenkundiger Betrug liegt vor. Ich kann keinen Pfennig von meinem Konto bekommen." — „Alles in bester Ordnung", lautet der Bescheid. Das ist im November. Am 20. Januar kracht die Bank.

Bankdirektor von Pfarrers Gnaden.

Wie kam aber Pfarrer Irmer in den Aufsichtsrat der Evangelischen Zentralbank und wieso wurde Friedrich Paul Runk zum Direktor dieser Bank ernannt? Pfarrer Irmer war schon Vorstandsmitglied der Kredit-, Spar- und Häuserbank, die Friedrich Paul Runk gehörte; er kannte Runk als vortrefflichen Leiter von Bibelkreisen. Seinem Auftreten nach hielt er ihn für einen tüchtigen Bankfachmann. Daß Runk nur anderthalb Jahre Banklehrling gewesen war, wußte er nicht. Wenige Monate später machte er ihn aber zum Direktor der Evangelischen Zentralbank. Pfarrer Irmer hoffte aus ihr ein Geldinstitut für die Innere Mission zu schaffen. Vor Gericht erklärte er zwar, er arbeitete hier aus ideellen Gründen, aber er bezog je tausend Mark Tantieme bei Adolf Runks Terraingesellschaften, in die die Zentralbank etwa eine Million Mark hineingesteckt hatte, obgleich sie als Genossenschaftsbank sich mit derartigen Geldgeschäften überhaupt nicht befassen durfte, auch bezog er Provisionen bei den anderen Banken. Vom Depotgesetz verstand Pfarrer Irmer ebensowenig wie sein Direktor. Ob ihm die gesamte Korrespondenz vorgelegt wurde, kann er nicht sagen. Die Bilanzen prüfte er nicht, da er ja nichts davon verstand. Kamen Beanstandungen, so holte er sich bei den Brüdern Runk Bescheid und begnügte sich mit deren Antworten. Er hatte zu ihnen volles Vertrauen. Es regten sich in ihm nicht die geringsten Zweifel: „Keine beruhigende Stimme des Herzens". Zu seiner Rechtfertigung führte er an, daß er ja auch die Einlagen seiner Verwandten und seiner Kirchengemeinde, wie auch das Depot seiner Schwester nicht aus der Bank herausgezogen habe. Alle Warnungen fruchteten nichts. Weder die Beanstandungen der landwirtschaftlichen Genossenschaft noch die Einwendungen des Pressevorbandes des evangelischen Deutschlands. Die Brüder Runk sagten ihm, daß alles in Ordnung sei und da war schon für Wehrkreispfarrer Irmer alles in Ordnung.

Heute gelangt der Komplex Zentralausschuß der Inneren Mission und Devaheim zur Erörterung. Diese Angelegenheit hat dem Reich eine Million Mark gekostet.

Was sollen wir beginnen?

Der Notschrei der Schulentlassenen

Schulschluß. Jeder Junge, jedes Mädel will hinein ins praktische Leben und findet alle Türen verschlossen! 18 000 entlassene Berliner Volksschüler, 1500 Mittelschüler und 7000 höhere Schüler wollen einen Beruf erlernen; aber Lehrstellen lassen sich nicht aus der Erde stampfen, wenn sie nicht vorhanden sind und der Berufsberater, wie der Beamte auf der Berufsinnung muß die Berufsanwärter von einem Mal auf das andere Mal vertrösten.

Da die Anforderungen nach Lehrlingen so unendlich gering sind, wird alles mögliche versucht, Stellen ausfindig zu machen. So treten die Arbeitsämter an jene Betriebe heran, die ihre ausgelernten Lehrlinge jetzt entlassen, womit aber keineswegs gesagt ist, daß dieser Weg ein positives Resultat zeitigt; da ist einmal der Betrieb stark eingeschränkt worden, das andere Mal ist der Betrieb ganz eingestellt; sehr häufig liegt der Fall so, daß der Lehrling, dessen Stelle der neue Berufsanwärter einnehmen sollte, seine Lehrzeit schon vorzeitig beenden mußte — aus einer vierjährigen Lehrzeit ward eine drei-, auch zweieinhalbjährige — woraus sich dann ein überaus starkes Kontingent der Lehrlinge ergibt, die ihre Lehrzeit frühzeitig abgebrochen haben. Stellenvermittlungen, die unter Umgehung der Arbeitsämter, hauptsächlich auf dem Inseratenwege, erfolgen, haben fast stets und immer einen argen Haken; da wird erstens und in der Hauptsache feste am Lohn gedrückt und auch alle sonstigen tariflichen, gerade für den jugendlichen Arbeiter so sehr wichtigen sozialen Maßnahmen werden gänzlich außer acht gelassen, dann wird sehr heftig mit Bezahlung eines „Lehrgeldes" durch die Eltern operiert, die es sich oft unter den schwierigsten Umständen vom Munde absparen, um nachher erleben zu müssen, daß der Herr Meister den Jungen unter irgendeinem nichtigen Vorwand vorzeitig wieder abschiebt.

Ist die Zahl der neu hinzugekommenen Berufsanwärter groß, so ist die Ziffer jener Jugendlichen, die bereits kurze Zeit im Beruf standen und nun wieder vor dem Nichts stehen, geradezu beängstigend. Man ist gerade damit beschäftigt, statistisch genau festzustellen, wie hoch die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen in Berlin ist. Das Elend unter der arbeitsfähigen, arbeitsfreudigen Jugend ist unendlich groß.

Zuchthaus, Zuchthaus . . .!

Jugend auf Irrwegen. – Und so geht sie zugrunde.

Die Raubüberfälle, Verbrechen einer verirrten Jugend nehmen trotz der harten Strafen nicht ab. Unmöglich, auch nur den geringsten Teil der Raubprozesse, die fast täglich in Moabit stattfinden, zu registrieren. Zwei außerordentlich dreiste Raubüberfälle, die vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg abgeurteilt wurden, verdienen aber besonders erwähnt zu werden.

Auf der Anklagebank drei junge Burschen. W., S. und K. Die beiden ersten mehrfach vorbestraft, K. unbestraft. Es handelt sich um den Raubüberfall am hellerlichten Tage auf den Juwelierladen Brodowski in der Dreibundstraße in Tempelhof. Am 15. Dezember kurz nach 11 Uhr fuhr eine blaue Limousine vor, der Chauffeur blieb am Steuer, drei junge Leute stiegen aus, begaben sich in den Juwelierladen und ließen sich goldene Armbanduhren vorlegen. Zwei von ihnen zogen plötzlich zwei Revolver, hielten die Anwesenden in Schach, rafften etwa 15 Armbanduhren und auch andere Schmucksachen an sich, stürmten zum Wagen, gaben einige Schreckschüsse ab und sausten davon. Eine Frau hatte sich aber die Nummer des Wagens gemerkt. Sämtliche Angeklagten bestritten ihre Teilnahme an dem Ueberfall; sie wurden aber von Zeugen wiedererkannt. Das Gericht verurteilte W. zu fünf Jahren und neun Monaten Zuchthaus, S. zu fünf Jahren und drei Monaten Gefängnis, K. zu drei Jahren Gefängnis.

Und wieder standen drei jugendliche Angeklagte vor dem Richter: D., H. und G. Am 17. November vorigen Jahres drangen zwei junge Burschen in die Wohnung der 70jährigen Frau S. in der Franz-Körner-Straße in Britz ein, rissen die alte Frau zu Boden, forderten von ihr Geld, wurden aber verscheucht und flüchteten. Auf der Straße wurden beide verhaftet. Auch den dritten Komplizen ereilte das Schicksal. Das Gericht verurteilte H. zu zwei Jahren neun Monaten Zuchthaus, D. zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und G. zu einem Jahr Gefängnis. Das Gericht hatte sich nicht die Ansicht der Verteidigung zu eigen gemacht, die jungen Leute vor dem Zuchthaus zu bewahren und es noch einmal mit dem Jugendgefängnis zu versuchen. Wäre das Jugendgefängnis in diesem Falle nicht vielleicht doch besser am Platze gewesen?

Die Schulfarm Scharfenberg.

Das Landerziehungsheim der Stadt Berlin im Tegeler See kann in diesem Jahre nach Entlassung der Abiturienten eine größere Zahl Schüler als in den letzten Jahren aufnehmen. Es kommen dafür befähigte Schüler aus den zweiten und ersten Klassen der Gemeindeschulen und Schüler aus den Mittelklassen (Quarta bis Obertertia) der höheren Schulen in Betracht. Da für den Aufenthalt auf der Insel immer noch die alten Staffelsätze als Verpflegungszuschuß aufrechterhalten werden konnten, ist es jedem tüchtigen Berliner Jungen, der Lust hat, in der Inselgemeinschaft bei fröhlicher und doch intensiver geistiger und körperlicher Arbeit heranzuwachsen, möglich, seinen Wunsch erfüllt zu sehen. Der Verpflegungssatz beträgt 90 Pf. pro Tag und erhöht sich nach dem steuerlichen Einkommen der Eltern. Für Schulgeldbefreiung gelten dieselben Bestimmungen wie bei den anderen Berliner Schulen. Meldungen sind schriftlich oder besser mündlich an die Leitung der Schulfarm zu richten, die an den kommenden Sonntagen den Eltern zur Verfügung steht.

Goerdeler gegen Brotpreiserhöhung.

Eine energische Mahnung an die Berliner Bäcker.

Wie die Telegraphen-Union zu der vom Berliner Bäckergewerbe beabsichtigten Brotpreiserhöhung um 2 Pf. für das 1250-Gramm-Brot ab kommenden Montag erfährt, ist der Reichskommissar für die Preisüberwachung der Ueberzeugung, daß diese Erhöhung nicht gerechtfertigt ist und daß es den Bäckern bei der fallenden Tendenz der Roggen- und Roggenmehlpreise — insbesondere mit Rücksicht auf die Vorverkäufe von Russenroggen, die ab 1. März auf den Markt kommen und annähernd einen Monatsbedarf decken — möglich sein werde, den bisherigen Brotpreis zu halten. Der Reichskommissar wird am heutigen Sonnabendvormittag mit den zuständigen Stellen verhandeln, um eine Brotpreiserhöhung für Berlin zu verhindern.

Eiserne Front Röntgental. Sonntagnachmittag 4 Uhr Lokal Blaue Grotte in Röntgental. Redner: Bezirksverordneter Berls und Schriftsteller Robert Breuer.

Aus dem Stadtgemeindeausschuß.

Erhöhung der Taschengelder der Hospitaliten.

Der Berliner Stadtgemeindeausschuß hielt gestern eine Sitzung ab, in der eine Reihe von Initiativanträgen der verschiedenen Parteien behandelt wurden, die an sich keine wesentliche Bedeutung hatten. Das Wichtigste sei hervorgehoben.

Ein Antrag der Deutschnationalen beschwerte sich darüber, daß in einzelnen städtischen Werken Listen der Eisernen Front kursiert seien, und ebenso beschwerten sich Nationalsozialisten über Listen des Hindenburg-Ausschusses. Daß ein Druck auf die Beamten ausgeübt worden sei, wagten sie allerdings nicht zu behaupten, und so erhielten sie vom Genossen Burgemeister eine Abfuhr, die nicht von schlechten Eltern war. Mit der Unterstützung der Kommunisten wurden die beiden Anträge, die eine Mißbilligung dieser Dinge aussprachen, angenommen.

Ein sozialdemokratischer von den Kommunisten unterstützter Antrag betr. Verlängerung der Dienstzeit des Pflegepersonals in den städtischen Krankenhäusern wurde gegenstandslos, da Oberbürgermeister Sahm erklärte, daß die Verfügung zurückgenommen und nicht durchgeführt werde. Der sozialdemokratische Antrag hat also eine gute Wirkung ausgeübt und dafür gesorgt, daß wieder Beruhigung eintritt.

Ein Antrag betr. Weiterführung des Schillertheaters, das ja bekanntlich ein städtisches Theater und nur an den preußischen Staat verpachtet ist, wurde einem Ausschuß überwiesen; ebenso ein Antrag bezüglich Förderung und Ausbau der Blindenfürsorge. Mit sozialdemokratischer Unterstützung wurde ein Antrag angenommen, daß in Zukunft an die Insassen der Hospitäler als Taschengeld wieder der Satz gezahlt wird, der bis zum Dezember v. J. galt, nämlich 3 M., statt wie jetzt nur 1,50 M. Auch ein Antrag gegen die Schließung des Krankenhauses Waldhaus Buch wurde mit unseren Stimmen angenommen.

Gedächtnisfeier für Grönlandforscher Wegener.

Die von dem Planetarium veranstaltete Gedächtnisfeier für Alfred Wegener wurde stimmungsvoll eingeleitet durch Brahmsche Musik (Andante sostenuto der C-Moll-Sinfonie Op. 68). Dann schilderte der Direktor des astronomischen Recheninstituts der Universitätssternwarte, Professor A. Kopff, die wissenschaftlichen Leistungen und Verdienste Wegeners, wobei er seine Liebe zur Astronomie hervorhob, der sich Wegener schon in früher Jugend zugewandt hatte, und mit der ihn auch bei seinen späteren Arbeiten mannigfache Beziehungen verbanden. Auch die berühmte Verschiebungstheorie der Kontinente von Wegener hat durch astronomische Messungen und Feststellungen bedeutsame Stützen erhalten. — Hierauf gab Studienrat Dr. Ernst Sorge, ein Teilnehmer der letzten Grönland-Expedition Wegeners, einen durch zahlreiche Lichtbilder unterstützten anschaulichen Ueberblick über die Art und Ziele dieser Expedition und die Mittel und Wege ihrer Durchführung, wobei der Expeditionsleiter Wegener in seinen besten Charaktereigenschaften als Mensch und Kamerad vor den Hörern lebendig wurde, bis zu dem ergreifenden Ende in der grönländischen Eiswüste.

Goethe und das Volkslied.

In der Rheingau-Schule, Friedenau, versammelte Prof. Fritz Jöde die zahlreiche Gefolgschaft der Offenen Singstunde diesmal zu einer kleinen Goethe-Gedenkfeier. Leicht faßlich, wie der Meister seinen Schülern das Wesen des Volksgesanges überhaupt erklärte und erschloß, vermittelte Fritz Jöde den Hörern des großen Toten Erdgebundenheit, die Quelle aller Kraft, die gerade im schlichten, kleinen Volkslied ihren stärksten Ausdruck findet. Der vierstimmige Kanon „Vorspruch" leitete den Abend ein, dann folgten „Um Friede", „Schäfers Klagelied", „Das Veilchen" und noch viele andere Volkslieder mit Goetheschem Text. Immer wieder fesselt der ganze Aufbau dieser Sangesfreudigkeit, der nicht in einem schematischen, gedankenlosen Notenablesen wurzelt, Melodie und Wort prägen sich vielmehr dem Sänger sinngemäß ein, um dann als verstandener, miterempfundener Ausdruck gesanglichen Frohsinns wiedergegeben zu werden. Auf der einen Seite wird die natürliche Musikalität des musikalisch wenig begabten Menschen hervorgelockt. Auf der anderen Seite bringt die Phantasie in das Dichterwort ein: die Abkehr vom nüchternen Alltag, die Pflege eines gesunden, natürlichen Frohsinns ist damit geschaffen. Immer größer wird die Gemeinde der Sangeslustigen, vom jungen, knapp der Kindheit entwachsenen Menschen bis zum Weißhaarigen sind sie alle vertreten. Eine gesundende Reaktion von der reingeschäftlichen modernen Musikindustrie.

Wir greifen an – Wir stoßen vor!

Die Eiserne Front ruft!

Montag, den 29. Februar:

Schöneberg. 19½ Uhr, Bürgersaal des Rathauses Friedenau, Am Lauterplatz.
Britz-Buckow. 19½ Uhr, Beckers Gesellschaftshaus, Britz, Chausseestr. 97. — Lokal Lindenpark, Britz, Chausseestr. 18 (in der Nähe der Schule).
Reinickendorf. 20 Uhr, Lokal Manthey, Rosenthal I, Hauptstr. 1.

Dienstag, den 1. März:

Mitte. 19½ Uhr, Deutscher Hof, Luckauer Str. 15.
Prenzlauer Berg und Friedrichshain. 19½ Uhr, Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23. Fahneneinmarsch, Tambourkorps und Bläserkorps des Reichsbanners. Rezitationen: Martha John.
Prenzlauer Berg. 19½ Uhr, Schulaula, Gleimstr. 46.
Steglitz. 20 Uhr, Parkrestaurant Südende, Am Bahnhof Südende.
Neukölln. 89. und 90. Abteilung. 19½ Uhr, in den Hohenstaufensälen, Kottbusser Damm 76.
Neukölln. 91. Abteilung. 19½ Uhr, Lokal Bergschloßhöhe, Karlsgartenstr. 6-11.
Weißensee. 20 Uhr, Schloßpavillon, Berliner Allee 205-210.

Mittwoch, den 2. März:

Tiergarten. 19½ Uhr, Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24.
Wedding. 19½ Uhr, Pharussäle, Müllerstr. 142. — 19½ Uhr, in beiden Sälen der Atlantik-Festsäle, Behmstr. am Bahnhof. Gesundbrunnen. — 19½ Uhr, Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.
Kreuzberg. 19½ Uhr, Kammersäle, Teltower Str. 1-4.
Spandau. 20 Uhr, in der „Havelkrone" (früher Brauereiausschank Pichelsdorf).
Zehlendorf. 20 Uhr, Lokal Lindenpark, Berliner Str. Ecke Gartenstr.
Schöneberg. 19½ Uhr, Aula der Hohenzollernschule, Belziger Straße.
Neukölln. 92. und 93. Abteilung. 19½ Uhr, Städtischer Saalbau, Bergstr. 147.
Neukölln. 96., 97. und 98. Abteilung. 19½ Uhr, Aula der Oberrealschule, Emser Str.
Treptow und Baumschulenweg. 19½ Uhr, im Spreegarten in Treptow.
Pankow. 19½ Uhr, Lindners Konzerthaus, Breite Str.

Donnerstag, den 3. März:

Mitte. 19½ Uhr, Hackescher Hof, Rosenthaler Str. 40-41.
Charlottenburg. 19½ Uhr, Türkisches Zelt, Berliner Str. 53. — Edenpalast, Kaiser-Friedrich-Str. 24.
Wilmersdorf. 20 Uhr, Viktoriagarten, Wilhelmsaue 114-115.
Tempelhof. 20 Uhr, Schulaula, Mariendorf, Kurfürstenstr.
Köpenick. 108. und 108a. Abteilung. 20 Uhr, Stadttheater, Friedrichstr. 6.
Lichtenberg. 20 Uhr, Schulaula, Schlichteallee.
Efha. 16 Uhr, Lokal Tristram, Britz, Bürgerstraße 48/49. Redner: Karl Dressel.

Oeffentliche Frauenkundgebung. 19½ Uhr, im großen Saal des Lehrervereinshauses, Am Alexanderplatz. Es sprechen: Für die Sozialdemokratie: Johanna Reitze, M. d. R.; für die freien Gewerkschaften: Frieda Gladosch; für die freien Arbeitersportlerinnen: Aenne Wolter. Fahneneinmarsch der Genossinnen. Rezitationen: Martha John. Musik: Freie Sport- und Musikvereinigung.

Freitag, den 4. März:

Tiergarten. 8. Abteilung. 20 Uhr, Nationalhof, Bülowstr. 37.
Friedrichshain. 20 Uhr, Schonerts Festsäle, Stralau, Kynaststr. Fahneneinmarsch, Tambourkorps, Bläserkorps des Reichsbanners Friedrichshain. Rezitationen: Martha John.
Wannsee. 20 Uhr, Deutsche Eiche, Königstr.
Tempelhof. 20 Uhr, Lokal Lierse, Marienfelde, Berliner Str. Ecke Dorfstr.
Neukölln. 94. und 95. Abteilung. 19½ Uhr, Kindl-Brauerei, Hermannstr.
Grünau-Bohnsdorf. 19½ Uhr, Gesellschaftshaus in Grünau.
Reinickendorf. 20 Uhr, Lokal Eberhard, Wittenau, Lübarser Str.

Sonnabend, den 5. März:

Reinickendorf. 19 Uhr, Lokal Beck, Heiligensee, Straße 113 am Flugplatz.

Montag, den 7. März:

Tempelhof. 20 Uhr, Lokal Rohrmann, Lichtenrade, Kaiser-Friedrich-Str.
Siedlung Lindenhof. 20 Uhr, Ledigenheim Eythstr.

Dienstag, den 8. März:

Tempelhof. 20 Uhr, Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Str.
Mahlsdorf. 20 Uhr, Lokal Anders, Bahnhofstr. 37.
Adlershof und Alt-Glienicke-Falkenberg. 19½ Uhr, Lokal Wöllstein, Adlershof, Bismarckstr. 75.

Redner: Siegfried Aufhäuser, M. d. R. Clara Bohm-Schuch, M. d. R. Alwin Brandes, M. d. R. Arthur Crispien, M. d. R. Gustav Eckhardt. Dr. Otto Friedländer. Hans Gottfurcht. Gertrud Hanna, M. d. L. Dr. Theodor Haubach. Kurt Heinig, M. d. R. Max Heydemann. Luise Kähler, M. d. L. Franz Künstler, M. d. R. Erich Kuttner, M. d. L. Siegfried Leo. Carl Litke, M. d. R. Dr. Richard Lohmann, M. d. L. Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R. Georg Maderholz, M. d. L. Jockel Meier. Otto Meier, M. d. L. Dr. Richard Mischler. Dr. Julius Moses, M. d. R. Stadtrat Otto Ortmann. Anton Reißner, M. d. R. Hermann Schlimme. Fritz Tarnow, M. d. R. Max Urich, Stadtverordneter. Hans Vogel, M. d. R., Parteivorsitzender. Mathilde Wurm, M. d. R.

Mittwoch, den 9. März:

Telefunken. 17½ Uhr, Blüchersäle, Blücherstr. 61. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.
Betinnen der A. O. K., Berlin. 16.30 Uhr, im Speiseraum der A. O. K., Köpenicker Straße 80—82. Redner: Luise Kähler, M. d. L.

Männer und Frauen, bekämpft den Faschismus!

Sozialistische Hochschulgemeinschaft

Heute, 19½ Uhr, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestraße 15:

Erste öffentliche Kundgebung

Thema: **Der Sozialismus als geistige Entscheidung**

Referenten: Prof. Radbruch-Heidelberg, Prof. Heimann-Hamburg, Prof. von Aster-Gießen und Prof. Loewe-Frankfurt a. M. — Die Veranstaltung wird umrahmt von Gesangdarbietungen des „Jungen Chors". — Einlaßkarten zum Preise von 50 Pf. an der Abendkasse. (Karten für Erwerbslose und Studierende zum ermäßigten Preise ebenfalls an der Abendkasse.)

Schulausstellung. Die Lebensgemeinschaftsschule Niederschönhausen, Bismarckstr. 51, veranstaltet in der Zeit vom 4. bis 8. März in ihren Räumen eine Ausstellung von Schülerarbeiten aller Art. Daneben werden auch aufschlußreiche Statistiken gezeigt, die einen Einblick in die Umwelt des Kindes gewähren, aber auch die Eigenart der Schule erkennen lassen. Die Ausstellung ist geöffnet am 4., 5., 7., 8. März von 17 bis 21 Uhr, Sonntag, den 6. März, von 10 bis 17 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Friedrichshain (Jungba): Sonnabend, 27. Februar, ab 17 Uhr, bei Busch, Tilsiter Str. 27. — **Treptow**, Kameradschaft Schöneweide-Johannisthal: Sonnabend, 27. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung in der Brückenklause. — **Pankow** (Ortsverein): Sonnabend, 27. Februar, 18 Uhr, im Lokal Mandel, Pankow, Galenus- Ecke Mendelstraße, Führerbesprechung. — 19½ Uhr engere Vorstands- und 20½ Uhr erweiterte Vorstandssitzung ebendort. Sonntag, 28. Februar, 7 Uhr, Treffpunkt Pankebrücke, Poddielsk. Ecke Lindenstraße. — **Tiergarten** (Ortsverein): Sonntag, 28. Februar, 10 Uhr, Appell des Gesamtortsvereins in den Arminiushallen, Bremer Straße. Erscheinen Pflicht. — **Wassersportabteilung**, Zug Köpenick: Sonntag, 28. Februar, 14 Uhr, Versammlung im Bootshaus. Mannschaftsruderer um 9 Uhr zum Arbeitsdienst. — **Lichtenberg** (Ortsverein): Sonntag, 28. Februar, Schufo und Jungba 8½ Uhr Sportplatz Friedrichsfelde. Technische Uebungen. — **Wassersportabteilung**, Zug Havel: Sonntag, 28. Februar, 11 Uhr, Bootshaus.

Deutscher Schäferhund-Verband Berlin-Britz veranstaltet unter dem Motto „Schütze dich und deine Familie gegen Ueberfall" am Mittwoch, 2. März, 20 Uhr, in Beckers Gesellschaftshaus, Berlin-Britz, Chausseestr. 97, einen Werbeabend. Es wird der deutsche Schäferhund in verschiedenen Arten vorgeführt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn Dr. K. Sturm: „Goethes Dichtung als gesellschaftliche Erscheinung". Gäste willkommen.

KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 20 Pfennig, Textwort 10 Pfennig

Wiederholungsrabatt: 5 mal 5 %, 8 mal 7½ %, 12 mal 10 %, oder 1000 Worte Abschluß 10 %, 2000 Worte 15 %, 4000 Worte 20 %. Annahme durch den Verlag, Lindenstraße 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Oefen, eiserne, jeder Art, Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen, Kesselöfen, Kochherde, Reparaturen. Die alte Firma Semmler u. Bleuberg, Dresdenerstraße 98.

Tapeten Saillat, Koloniestraße 9

Daunendecken, 2, neu, verkauft billig Lewin, Bremerstraße 67, Hansa 4969.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliersgarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportanzüge, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weiter Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Wer gut und billig kaufen will, versuche es bei mir. Von Kavalieren wenig getragene und neue Jackettanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Paletots, Ulster, Hosen, für jede Figur passend und viele andere Gelegenheitskäufe. Leihhaus Friedrichstraße 2, am Halleschen Tor. Keine Lombardware.

Möbel

Möbel-Totalausverkauf zu spottbilligen Preisen, wegen Aufgabe der Geschäftsräume. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstr. 77/78, Ecke Brückenstraße.

Patentmatratzen „Primissima" Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße, achtzehn, Reinhaber.

Versicherungsgewesene Möbel Ramelling, Kastanienallee 56, Ecke Fehrbellinerstraße.

Gleiser, preiswerte Möbel, Alexanderplatz.

Radio

Radio, Sprechmaschinen, Netzanschlußanlage, komplett mit Röhren, Lautsprecher, anschlußfertig, 48,—, Lautsprecher 4,75, 7,50, vierpolig 12,—, 18,—, 22,—, System 4,75, 6,50, Elektrodosen 4,75, 3,50, Anoden, 100 Volt, 3,25, 4,40, 4,95. Netzanoden 18,—. Bastelmaterial, Sprechmaschinen, Kofferapparate 9,—, 12,—, 15,—, Schrankapparate 26,—, 32,—, 36,—, 45,—, 10 000 Werke 3,— 4,—, 6,— sowie alles Zubehör billig. Machnow, Weinmeisterstraße 14, und Charlottenburg, Kantstraße 93.

Nähmaschinen

Nähmaschine verkauft billigst Hirsch, Schönnebergerstr. 59, Laden.

Nähmaschinen, große Auswahl, Mark 85,— an, in Rundschiffchen und Centralbobbin 65,—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Fahrräder

Gebrauchte Fahrräder 15,—, 20,—, 25,—, 30,—, 35,—. Machnow, Weinmeisterstr. 14.

Ballonräder, fabrikneu, 57,— an, mit Freilauf und Rücktrittbremse jetzt 42,—, 45,—, 55,—. Ballonräder, Marke Brennabor, 70,—, Ballonräder Marke Stern, 68,—, 75,—, Arcona jetzt 95,—, Machnow, Weinmeisterstraße 14. Größtes Fahrradhaus Deutschlands.

Fabrikneue Fahrräder 38,—, 35,—, 45,—, Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Fahrradzubehör enorm billig, Mäntel 1,05 an, Schläuche 42 Pfennig an, Schlauchreifen 2,70 an, Ketten 42 Pfennig an, Pedalen 85 Pfennig an, Lenker 70 Pfennig an, Bremsen 65 Pfennig an, gespannte Räder 1,50 an, Komplette Dynamolampen 4,— an. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Werkzeuge und Maschinen

Posten Hobelbänke, Werkzeug, Stahlgarderobenschränke spottbillig verkäuflich. Auf Wunsch Anlieferung. Steinberg, Frankfurter Allee 12.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle. Silberschmelze Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 29, Hallesches Tor, Adalbertstraße.

Zahngebisse, Edelmetallbruch, Quecksilber, Zinn, Blei. Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (Manteuffelstraße).

Verschiedenes

Achtung, Siedler! Stellungsloser Gärtner übernimmt Baumschnittarbeiten (sauber und billig). Erich Ritschmann, O. 17, Lübbenerstraße 6.

Vermietungen

Zimmer

Möbliertes Zimmer für 2 Personen billig. Berlt, Eislebenerstraße 16.

Hans Bauer: Der ewige Kreislauf

(Bürozimmer. An den Wänden Plakate, die eine Schokolade empfehlen.)

Der joviale Chef (klingelt den Botenjungen herein).

Der joviale Chef: Paul, hör mal, mein Junge, du wirst wissen, warum ich dich rufe. Ich muß dich entlassen. Du wirst dir ja schon lange selber gesagt haben, daß für dich nichts mehr zu tun ist.

Paul: Aber es ist doch in Hülle und Fülle zu tun!

Der joviale Chef: So! In Hülle und Fülle ist zu tun? Na siehst du: Das Geschäft verträgt nicht, daß soviel zu tun ist. Die Wirtschaftslage ist eine derartige, daß der Krisenzustand nur durch radikale Sparmaßnahmen beseitigt werden kann. Ehe nicht jeder einzelne davon durchdrungen ist, daß kein Platz mehr für ihn ist im Produktionsprozeß, kann es auch nicht wieder aufwärts gehen mit der Wirtschaft. Die Aufträge haben rapid nachgelassen. Wenn mir als letztes nicht die Großlieferung an das Warenhaus Altmann geblieben wäre, könnte ich noch heute den ganzen Laden zumachen. Ich muß von jedem Verständnis für die Eigenart der ökonomischen Struktur verlangen: am meisten aber von einem Angestellten wie dir, der an der Peripherie des Unternehmens steht. Wenn ich nicht an den Botenjungen spare: woran denn soll ich sparen? (Paul wankt ab.)

Der joviale Chef (klingelt die Stenotypistin herein).

Der joviale Chef: Fräulein Häusler, Sie werden ahnen, warum ich Sie gerufen habe: ich muß Ihnen für den 15. kündigen.

Frl. Häusler: Aber es ist doch genug zu tun. Ich habe jeden Tag ganze Stöße von Briefen zu erledigen. Ich habe mitunter sogar gedacht, daß noch eine neue Stenotypistin eingestellt wird.

Der joviale Chef: So! Ganze Stöße von Briefen liegen bei Ihnen herum! Da sehen Sie es ja: Mahnungen und Propaganda. Jeder Brief kostet. Der Unkostenetat muß aber radikal gesenkt werden. Wir arbeiten in Deutschland mit viel zu großem Spesenaufwand. Denken Sie bloß an die sozialen Leistungen: Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung . . . Das erdrückt ein Unternehmen, das erdrosselt den Betrieb.

Frl. Häusler: Aber wenn keine Propaganda mehr hinausgeht, wird das Geschäft erst recht nicht gehen.

Der joviale Chef: Besser heute ein schlechtgehendes Geschäft mit kleinstem Etat als ein gutgehendes mit großem. Die Wirtschaftslage ist eine derartige, daß nur durch rücksichtsloseste Einsparungen die notwendige Produktionsverminderung aufrechterhalten werden kann. Es sind im letzten Jahr noch nicht einmal doppelt soviel abgebaut worden, als die Umsatzreduktion ausmacht, und wenn mir nicht die Großlieferung an das Warenhaus Altmann geblieben wäre, könnte ich noch heute den Laden zumachen. Am meisten aber muß ich Einsicht von meinem Büropersonal verlangen, das Einblick in die Buchhaltung hat: Wenn ich nicht an den Stenotypistinnen spare, woran denn soll ich sparen? (Frl. Häusler geht ab.)

Der joviale Chef (klingelt einen Arbeiter herein).

Der joviale Chef: Sie werden sich denken können, Müller, warum ich Sie rufe. Ich muß Betriebseinschränkungen vornehmen und Sie entlassen. Damit die Produktion überhaupt in Gang gehalten werden kann, ist es nötig, sie gehörig zu beschneiden. Die Weltwirtschaft kann heute nur florieren, wenn der Personalabbau energisch weitergetrieben wird. Wir müssen uns heute alle nach der Decke strecken. Sehen Sie, wenn mir die Großlieferung an das Warenhaus Altmann nicht geblieben wäre, dann könnte ich noch heute den ganzen Laden zumachen.

Müller: So . . . da kann ich also nun nach acht Jahren gehen.

Der joviale Chef: Acht Jahre sind Sie schon bei mir? Da können Sie sich ja immerhin damit trösten, daß Sie in dieser Zeit ganz schön hier herausgeschleppt haben. Ich meine, wenn man die Löhne mal so nebeneinander legen würde . . . ein hübscher Pfennig Geld würde da herauskommen.

Müller: Und ein noch hübscherer, wenn man das mal nebeneinander legen würde, was in dieser Zeit Sie an mir verdient haben!

Der joviale Chef: Sie dürfen mich nicht falsch verstehen, Müller. Wir Unternehmer sind heute alle sozial gesinnt bis in die Knochen, aber aus unserer sozialen Gesinnung heraus verwerfen wir die Sozialgesetzgebung, weil sie uns kaputt macht. Sie sind doch ein vernünftiger Arbeiter: Meinen Sie, es macht mir Spaß, Sie entlassen zu müssen? Aber ein Betrieb ist nun mal kein Wohltätigkeitsinstitut. In der Wirtschaft geht es hart auf hart. Pardon wird niemandem gegeben. Der Schwächere bleibt auf der Strecke und das ist gut so. Das ist Zuchtwahl, das ist Auslese, wenn Sie mal davon was gehört haben. Das ist der Kampf des Lebens und der gilt für jeden. Wenn ich nicht an den Arbeitern spare: woran denn soll ich sparen? (Müller geht ab.)

Es klopft.

Der joviale Chef: Herein!

Ein Vertreter: Sie gestatten, mein Name ist Schulze.

Der joviale Chef: Auch Sie, Herr Schulze werde ich leider entlassen müssen. Die Weltwirtschaftskrise zwingt zu entscheidenden Abwehrmaßnahmen. Der Produktionsprozeß kann nur durch radikale Entlassungen aufrechterhalten werden. Gerade von Ihnen muß ich Verständnis für die Lage erwarten: Wenn ich nicht an den . . .

Der Vertreter: Sie irren sich in meiner Person, Herr Meier. Ich gehöre gar nicht zu Ihrem Haus. Ich komme von der Firma Altmann und habe den Auftrag, die gestern erteilte Lieferung zu annullieren.

Der joviale Chef: Von Altmann kommen Sie und annullieren wollen Sie?

Der Vertreter: Der Konsum hat außerordentlich nachgelassen. Schokolade geht nicht mehr.

Der joviale Chef: Meine ausgezeichnete Ware geht nicht mehr?

Der Vertreter: Unser Schokoladenpublikum setzt sich vornehmlich aus kleinen Leuten zusammen: aus Botenjungen, Stenotypistinnen, Arbeitern. Aber diese Kreise haben kein Geld mehr.

Der joviale Chef: Kein Geld mehr, meine Schokolade zu kaufen?

Vertreter: Natürlich nicht mehr. Es wird ja heute alles entlassen. Wo man hinhört, sind die Leute arbeitslos. Jeder muß mit jedem Pfennig rechnen. Es langt nicht für das Nötigste, geschweige für Näschereien.

Der joviale Chef: Aber es gibt doch eine Sozialgesetzgebung! Die Arbeitslosen bekommen doch Unterstützung!

Der Vertreter: Sie bekommen aber doch viel zu wenig.

Der joviale Chef: Dann müssen sie eben mehr bekommen! Ich denke, wir leben in einem sozialen Staat! Das sind ja unglaubliche Zustände, wenn sich die Menschen nicht einmal hin und wieder mehr ein Stück Schokolade leisten können!

Der Vertreter: Die Wirtschaftskrise hat ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Die Eigenart der ökonomischen Struktur verlangt Abbau auf der ganzen Linie. Uns gegenüber ist Blumenreich u. Oppel. Dort sind erst gestern wieder 350 Arbeiterinnen entlassen worden. Wie oft sind welche von denen früher in den Arbeitspausen zu uns herübergekommen und haben sich eine Tafel Schokolade gekauft. Das hat jetzt gründlich aufgehört.

Der joviale Chef: Entlassungen . . . Entlassungen . . . Nichts als Entlassungen! Das ist ja allmählich schon der reinste Stumpfsinn. Eine Katastrophe, wie ein Unternehmen wie meines unter diesen blöden Entlassungen zu leiden hat. Schon dreiviertel meiner Belegschaft habe ich entlassen müssen: und immer geht das weiter mit dieser entsetzlichen Umsatzverminderung: bloß weil die Herren Industriellen keinen anderen Weg wissen als Arbeiter auf die Straße zu schmeißen.

Der Vertreter: Wir entlassen ja auch. Morgen kriegen wieder fünfunddreißig Verkäuferinnen ihre Papiere.

Der joviale Chef: Wovon soll ich denn eigentlich noch existieren? Ich bin Familienvater, habe Frau und drei Kinder und jetzt kommt Altmann daher und annulliert mir von einem Tag auf den anderen die Aufträge!

Der Vertreter: Wir müssen von unseren Lieferanten Verständnis für die Wirtschaftslage verlangen. Nur durch Abbau der Läger kann die Krise allmählich behoben werden.

Der joviale Chef: Verständnis . . . Verständnis . . . Aber wer hat denn für mich Verständnis! Da arbeite ich nun seit acht Jahren mit Altmann zusammen und jetzt wird man so mir nichts dir nichts beiseite geschoben!

Der Vertreter: Was meinen Sie, mit wieviel Lieferanten wir schon gebrochen haben! Aber Wirtschaftsbeziehungen sind nun einmal keine Angelegenheit der Wohltätigkeit. Da geht es hart auf hart. Hier ist die Annullierung. Auf Wiedersehen! (Der Vertreter geht ab.)

Der joviale Chef (geht ans Telephon und verbindet sich mit einer Nummer). Hier Meier! Herr Richter persönlich? Also hören Sie mal, Herr Richter: ich hatte gestern unter Vorbehalt hundert Sack Kakao und achtzig Sack Zucker bestellt. Diese Bestellung muß ich rückgängig machen. Wie? Wo ich acht Jahre Ihr Kunde bin? Bin ich gewesen, Herr Richter, Tut mir leid, ich muß meinen Betrieb stillegen. Wie? Entlassen müssen Sie dann? Glücklich, wer heute noch was zu entlassen hat! Eine Katastrophe für Sie? Sie sind sich bloß über die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge nicht im klaren, Herr Richter. Der ökonomischen Struktur ist mit Entlassungen allein nicht gedient. Es müssen auch die Annullierungen der Bestellung hinzukommen. Auf Wiedersehen, Herr Richter!

Der joviale Chef (klingelt seinen Chauffeur herbei).

Der joviale Chef: Franz: ist das Auto im Schuß? So. Na dann fahren wir los: Palasthotel! Zur Konferenz der Wirtschaftsführer!

Alfred Prugel: Der Briefträger

Der Postbote ist ein junger Mann vom Lande, mit einem hübschen, frischen Gesicht, dem die Stadtluft noch nicht geschadet hat. Obgleich er jeden Tag viermal die neunzig Stufen in unserem Hause hinauf und herunter steigt, macht ihm die Mühe nicht viel aus. Er behält immer sein freundliches Gesicht. Manchmal, wenn er aus der Haustür tritt, pfeift er etwas Lustiges vor sich hin, schiebt die volle Tasche mit einem Ruck auf die Seite und geht quer über die Straße ins nächste Haus. Er hat fast alle Namen seines Bestellbezirks im Kopfe, und auch die Leute kennen ihn. Sie sagen: „Unser Briefträger . . .“ In dem Worte „Unser“ liegt Zufriedenheit und Wohlwollen. Sie haben ihn gern, und wenn sie ihm auf der Straße begegnen, nien sie ihm zu. „Na, Herr Postrat“, sagt der dicke Gastwirt an der Ecke und klopft ihm auf die Schulter. Hin und wieder schenkt er ihm auch ein Glas Bier ein oder langt in die Zigarrenkiste.

Andere Briefträger sind ernste, ältere Männer. Sie haben Bärte und Gesichter, die sie gern in dienstliche Falten legen. Sie haben auch schon ihre Dienstjahre auf dem Buckel und ihr Gang ist gewichtig. Sie sind sich ihres Amtes bewußt, und mit den Briefen und Zeitungen tragen sie auch ihre amtliche Würde aus. Unserem Briefträger steht die Würde nicht im Gesicht geschrieben — das macht ihn so sympathisch. Er sieht wirklich nicht aus wie ein Beamter, sondern nur wie ein junger Mann, den man aus Versehen in die blaue Postuniform gesteckt hat.

In unserem Hause ist eine Plättanstalt. Ein kleiner Laden, in dem ein Mädchen den ganzen Tag am Bügeltische steht. Durch das Schaufenster kann man zusehen, wie unter ihren fleißigen und geschickten Fingern die Kragen und Oberhemden, die aus der Nachbarschaft die jungen Männer zum Plätten bringen, ihre richtige Form wiedererhalten. Es ist ein Mädel, in dessen blonden Wuschelkopf sich schon mancher verliebt hat. Neulich beobachtete ich einmal morgens unseren Briefträger. Er stand vor dem Schaufenster und tat, als suchte er in der Tasche nach einem Briefe. In Wirklichkeit suchte er aber nur die Augen des Mädchens, das sich gleichgültig über das Bügeleisen beugte, ohne sich um ihren Anbeter zu kümmern. Aber als er ging, sandte sie ihm einen langen Blick nach, der sie verriet. Nun geht der Briefträger nicht mehr an dem Laden vorbei, ohne hineinzusehen. Er wirbt um das Mädchen mit einer stillen Beharrlichkeit.

Eines Morgens — es war ein Montag — kam plötzlich ein anderer Briefträger zu uns ins Haus. Es war ein älterer Mann. Er hatte auch keine Uniform an, sondern nur eine blaue Binde um den Arm. Ein Aushelfer also. Am Mittag sagte mir meine Wirtin als sie mir die Post ins Zimmer brachte: „Wissen Sie es schon? Unser Briefträger ist gestern mit dem Motorrad verunglückt. Sie haben ihn ins Krankenhaus gebracht, und nun liegt er ohne Besinnung. Aber das kommt von diesen verdammten Rädern. Wie? Na, das müssen Sie doch auch sagen. Wer hätte früher an so was gedacht. Der arme Mensch!“ Sie schüttelte den Kopf und ging zur Nachbarin. So wußte am Abend das ganze Haus schon von dem Unglück, das unserem Briefträger widerfahren war. „Hoffentlich geht es noch einmal gut aus,“ redeten die Frauen, „er war doch immer so freundlich.“ — „Tja, die jungen Kerle, die können nicht schnell genug fahren,“ sagte der Gastwirt an der Ecke. Er erzählte jedem Gaste von dem Unglück, und jedem anders, bis endlich einer zu ihm sagte: „Herr Rübsam, Sie sind ein Aufschneider.“

Als ich am Abend auf die Straße ging, fiel mein Blick auf die Plättanstalt. Ueber dem Gesichte des Mädchens lag ein Schatten. Zufällig kam auch gerade der andere Postbote vorbei und blieb vor dem Laden stehen, um in dem Licht, das durch die Schaufensterscheibe fiel, in seiner Tasche zu kramen. Als das Mädchen ihn erblickte, kam es heraus und vertrat dem Briefträger den Weg. Sie wollte ihn wohl nach dem Verunglückten fragen; man merkte es an der Spannung in ihrem Gesichte. Aber plötzlich schien sie etwas daran zu hindern; vielleicht war es ihr peinlich. Sie sagte nur: „Haben Sie nicht einen Brief für uns?“ — „Für wen?“ entgegnete der Briefträger — und ich ging weiter. —

Die Tage darauf fragten die Leute im Hause noch oft nach dem jungen Briefträger. Als sie erfuhren, daß er auf dem Wege der Besserung sei, vergaßen sie langsam den Fall über ihren Geschäften und Sorgen. Ein Vierteljahr verging, aber eines Tages war unser Briefträger wieder da. Es hatte sich nichts an ihm verändert; nur ein bißchen blaß war er im Krankenhaus geworden. Die Leute, die ihn sahen, sagten zu ihm: „Na, da sind Sie ja wieder. Sie haben ja eine ordentliche Portion Glück gehabt.“ Er nickte und lächelte. Einige Wochen vergingen. Eines Sonntags fuhr ich mit dem Omnibus nach einem Vorort. Unterwegs überholte uns ein Motorrad. Ich saß am Fenster und sah, wie es langsam aufrückte. Da erkannte ich in dem Führer unseren Briefträger. Er strahlte über das ganze Gesicht, denn auf dem Soziussitz hockte niemand anderes als das Mädchen aus der Plättanstalt.

Goethe als Patient

Goethe ist, wenn er krank war, nicht leicht zu behandeln gewesen, er hat große Anforderungen an seine Aerzte gestellt, und zwar nicht nur an ihr Wissen und Können, sondern auch an ihre rein menschlichen Eigenschaften. Davon berichtet Dr. Hochstetter jetzt in der Medizinischen Wochenschrift. Goethe ist oft krank gewesen, von der gefährlichen Erkrankung an, die er sich in Leipzig zuzog und die mit einem starken Blutsturz einsetzte: es war offenbar eine Lungenblutung infolge von Tuberkulose, wobei sich eine Halsgeschwulst bildete. Erst in Frankfurt wurde man des Leidens Herr, indem eine Art Wunderdoktor eine Salzkur anwandte. Goethe hat diesen Chirurgen einen unerklärlichen, schlau blickenden, freundlich sprechenden, übrigens abstrusen Mann genannt. Fast ein Menschenalter lang blieb er dann von ernsteren Erkrankungen verschont. Erst 1801 wurde er wieder ernsthaft krank: es war offenbar ein Erysipel des Kopfes, und der Herzog sandte Hofrat Stark aus Jena herüberkommen. Tagelang hatte Goethe nicht sein völliges Bewußtsein, erst Pyrmont hat ihn wieder ganz geheilt. 1805/1806 litt er an Nierenkoliken, sehr wohl tat ihm damals die Karlsbader Kur. Aber ein gewisses Mißtrauen gegen die Aerzte blieb zurück.

Die schwere Erkrankung vom Februar 1823 verstärkte seinen Unglauben an die ärztliche Kunst. Er meinte: „Treibt nur eure Künste! Das ist alles recht gut, aber ihr werdet mich doch wohl nicht retten.“ Und als die Aerzte sich einmal leise miteinander beredeten, meinte er: „Da gehen die Jesuiten hin! Beraten können sie sich wohl, aber nicht raten und retten!“ Aber als es dann besser war, lobte er doch zu Charlotte von Schiller die konsequente Behandlung seiner Aerzte, die 14 Tage auf einem Mittel bestanden hätten. Einmal, als der Leibarzt Hofrat Rehbein bei ihm war, sagte ihm Goethe: „Ihr seid zu furchtsam mit euren Mitteln. Ihr schont mich zu sehr! Wenn man einen Kranken vor sich hat wie ich es bin, muß man ein wenig napoleonisch mit ihm zu Werke gehen.“

Rehbeins Nachfolger beim Herzog und auch bei Goethe wurde Dr. Karl Vogel aus Liegnitz, und ihn hat Goethe nur gelobt: „Ohne ihn wäre ich längst abgefahren. Vogel ist zum Arzt wie geboren und überhaupt einer der genialsten Menschen, die mir je vorgekommen sind.“ Vielleicht ist es seiner guten Behandlung zuzuschreiben, daß Goethe jahrelang, bis in den Herbst 1830, nicht mehr ernstlich krank war. Zwar hat er gemeint: „Unser Leben kann sicherlich durch die Aerzte um keinen Tag verlängert werden, wir leben, so lange es Gott bestimmt hat. Aber es ist ein großer Unterschied, ob wir jämmerlich wie arme Hunde leben oder wohl und frisch und darauf vermag ein kluger Arzt viel.“ Vogel hat von ihm gesagt: „Krankheit hielt Goethe für das größte irdische Uebel. Wenn Goethe sich in den letzten 6 Jahren seines Lebens auffallend viel gesünder befand als selbst eine kurze Zeit vorher, so rührte dies zum großen Teile gewiß mit daher, daß es mir bald gelang, seinem unangemessenen, eigenmächtigen Medizinieren ein Ende zu machen. Die Heilkunst und ihre echten Jünger schätzte er ungemein hoch. Er liebte es, medizinische Themata zum Gegenstand seiner Unterhaltung zu wählen. Er war ein sehr dankbarer und folgsamer Kranker. Gern ließ er sich in seinen Krankheiten den physiologischen Zusammenhang der Symptome und den Heilplan auseinandersetzen. Konsultationen mehrerer Aerzte betrachtete er mit mißtrauischen Blicken und dachte darüber ungefähr wie Molière.“

Die vierte Kurbel

Im Deutschen Museum steht ein neuer Apparat. Er hat drei Kurbeln. Mit der einen Kurbel stellst du dein Alter ein. Die zweite Kurbel übermittelt der Maschine deine Körperlänge. Jetzt ein Dreh noch an der dritten Kurbel und — im Schütz erscheint: Soundsoviel sollst du als normaler Mensch im Tage essen.

Das heißt, genau genommen, eine Ziffer rückt ins Schlußfeld. Die bedeutet Kalorien. Auf dem Kärtchen aber, das der Apparat dir gleichfalls überreicht, wird mitgeteilt, je 100 Kalorien seien eine Semmel oder ein Quart Vollmilch oder so viel Zucker und so weiter.

So, nun weißt du: Wiegst du so viel und bist du so viel Zentimeter lang — wieviel Semmeln, wieviel Milch und wieviel Zucker, wieviel Fleisch und wieviel Butter du im Tage zu dir zu nehmen hast, nicht weniger und nicht mehr, willst du als normal gewertet werden.

Schade, schade, daß der Apparat nicht ganz vollkommen ist. Wäre er vollkommen — aber laß es dir erzählen, was ich gestern vor dem Apparat erlebte.

Kommt da ein Mensch herein und kurbelt einmal, kurbelt zweimal, kurbelt dreimal, liest und sucht und sucht.

Den Museumsdiener macht die Sucherei nervös: „Was suchen Sie, mein Herr?“

„Die vierte Kurbel.“

„Vierte Kurbel? Gibt's nicht!“

Scharf schaut ihn der Fremde an: „Her mit deiner vierten Kurbel!“

„Wenn ich Ihnen sage —“

„Gestohlen hast du sie, die vierte Kurbel! Meinst, ich wüßte nicht, daß einem Manne wie eurem Herrn von Miller eine Kurbel mehr nur eine Kleinigkeit bedeutet.“

„Das mag stimmen.“

„Gönnen tust du sie uns nicht, du Lump! Auf der Stelle kurbelst du mit der gestohlenen vierten Kurbel meine Semmeln, meine Milch, mein Fleisch her, das mir die drei anderen Kurbeln grad verordnet haben!“

Es gab eine Keilerei. Im Hinausgehen sah ich die zwei Armpaare in den Lüften schlegeln.

Sonderbar, der vierte Kurbelarm der Technik, der noch fehlt, erzeugt jetzt vier Kurbelarme, die sich gar vernichten wollten, statt gemeinsam Brot in dieser harten Zeit zu schaffen.

Lieber Oskar Miller, dein grandioses technisches Museum hoch in Ehren, aber etwas scheint in deiner Technik doch nicht ganz zu stimmen.

Fritz Müller, Partenkirchen.

Eine willkürliche Brotteuerung.

Verantwortung der Bäcker und der Reichsregierung. – Schluß mit dem Brotpreisskandal.

Vorgestern versprach der Reichskanzler Brüning, daß die Reichsregierung sich bemühen werde, den Brotpreis so zu halten, wie er jetzt ist. Die Reichsregierung sei auch in der Lage, durch Zuteilung von Getreide an bestimmte Orte und Mühlen dafür zu sorgen, daß der Brotpreis nicht weiter steigt. So die Theorie, die Praxis sieht anders aus: Gestern beschlossen die Berliner Bäckermeister und Brotfabrikanten, den Brotpreis ab Montag um 2 Pf. und zwar von 45 auf 47 Pf. zu erhöhen. Die kurze Abwesenheit des Preiskommissars Goerdeler wird also von dem Bäckergewerbe benutzt, um auf diese Weise wiederum ihre Verdienstspanne zu erweitern, die anfangs des Jahres beschnitten worden ist.

Das Reichsernährungsministerium nimmt zu dem Beschluß des Bäckergewerbes in einer Mitteilung Stellung, in der es die beschlossene Brotpreiserhöhung als ungerechtfertigt bezeichnet. Die zugebilligte Bruttoverdienstspanne der Bäcker sei wegen der Mehlpreiserhöhungen nur in den letzten Tagen ganz gering unterschritten worden. Gestern sei der Mehlpreis aber bereits wieder um 10 Pf. gefallen. Die Roggenpreise seien von ihrem höchsten Stand, von 201 M. schon wieder auf 194 M. je Tonne gesenkt worden, so daß in den nächsten Tagen auch eine Senkung der Mehlpreise zu erwarten sei. Die Bäcker hätten also abwarten müssen, und nicht sofort den Brotpreis erhöhen dürfen. Dies ist die amtliche Stellungnahme.

In der Tat liegt für den Beschluß des Bäckergewerbes, in dem jetzigen Augenblick den Brotpreis zu erhöhen, kein Grund vor. Seit Anfang Februar sind die Roggenmehlpreise nicht mehr wesentlich gestiegen, und eine kleine Preissenkung ist wegen der gesunkenen Roggenpreise zu erwarten. Es handelt sich also um nichts anderes, als daß die Bäcker jetzt versuchen, ihre seinerzeit verringerte Verdienstspanne wieder zu erhöhen.

Aber auch die Erklärung des Reichsernährungsministeriums ist völlig unbefriedigend. Warum ist denn überhaupt von der Regierung zugelassen worden, daß die Roggenpreise auf über 200 M. je Tonne gestiegen sind, wenn hierdurch die Gefahr einer Brotverteuerung akut wurde? Es ist selbstverständlich, daß bei der gesenkten Verdienstspanne des Bäckergewerbes dieses jetzt versucht, auch geringe Mehlpreissteigerungen durch Erhöhungen der Brotpreise auf die Verbraucher abzuwälzen. Es liegt also eine

durch nichts zu rechtfertigende Nachlässigkeit des Reichsernährungsministeriums vor.

Da es überflüssig ist, ein Wort darüber zu verlieren, daß eine Brotpreiserhöhung völlig ausgeschlossen sein muß, hat die Reichsregierung sofort mit den schärfsten Mitteln einzugreifen, um die Brotpreissteigerung zu verhindern. Sie trägt die volle Verantwortung für die Gestaltung der Brotpreise, da ihr sämtliche Mittel zur Verfügung stehen, um den Brotpreis zu regulieren.

Wir fordern nachdrücklichst, daß hierzu sofort alles getan wird. Die Regierung hat die Bäckermeister zu veranlassen, die Heraufsetzung des Brotpreises zu unterlassen; sie hat ferner sofort durch verstärkten Verkauf von Roggen einen schärferen Druck auf die Getreide- und Mehlpreise auszuüben. Eine Erhöhung der Brotpreise darf unter keinen Umständen eintreten. Es muß ein Ende werden mit der dauernden Beunruhigung durch Brotpreisskandale.

Staatsbank für Wohnungsbau.

Die Preußische Landespfandbriefanstalt hat 90 000 Wohnungen finanziert.

Im Jahre 1931 hat die Preußische Landespfandbriefanstalt — von ihrem Kapital von 30,9 Mill. Mark sind 29,5 Mill. Mark im Besitz des Preußischen Staates — ihren Geschäftsbereich erheblich erweitern können. Das Institut hat die Aufgabe, die Finanzierung des städtischen Wohnungsbaues — sei es durch direkte Beleihung der Bauten, sei es über die Kommunen — zu fördern. Obwohl ein Verkauf von festverzinslichen Papieren nach dem 13. Juli kaum mehr möglich war, ist der Umlauf an begebenen Pfandbriefen und Kommunalobligationen von 289,7 Mill. Mark auf 351,9 Mill. Mark gestiegen (außerdem befanden sich Ende 1931 Papiere im Nennbetrage von 8,3 Mill. Mark in eigenem Besitz).

Dadurch war es möglich, die Darlehnsgewährung auszudehnen. Die Summen der gewährten Hypothekendarlehen stieg von 250,4 auf 280,7 Mill. Mark, die in 22 605 Darlehen zur Finanzierung von 74 679 Wohnungen begeben wurde. Von der Zahl der Darlehen entfielen 84 Proz. auf Hypotheken bis zu 10 000 Mark; nur vier Hypotheken lauteten über Beträge von mehr als 1,5 Mill. Mark.

Von den 75 000 finanzierten Wohnungen kamen 88 Proz. auf Kleinwohnungen

(ein bis drei Zimmer); die Mietausfälle waren bei kleinen Wohnungen auch prozentual geringer als bei den großen. Kapitalausfälle hat das Institut nicht erlitten, auch brauchten keine Grundstücke in Zwangsversteigerungen übernommen zu werden; aber vom Zinsensoll in Höhe von 21,1 Mill. Mark blieben 2,3 Proz. rückständig.

Die Summe der Kommunaldarlehen erhöhte sich von 54,1 auf 87,6 Mill. Mark. Unter den Kommunaldarlehen ist ein Posten von 30 Mill. Mark, der in 15 Darlehen an einen Provinzialverband für seine Bauten begeben wurde; die entsprechenden 30 Mill. Mark Obligationen sind von einem provinzialen Kreditinstitut übernommen worden. Im übrigen sind durch die Kommunaldarlehen Neubauten von 16 422 Wohnungen finanziert worden. Insgesamt wurden also über 90 000 Wohnungen finanziert. Sehr beachtlich ist, daß der Zinsenrückstand viel geringer ist als bei den an Private oder Baugesellschaften begebenen Hypotheken; es sind vom Zinsensoll von 4,5 Mill. Mark nur 0,6 Proz. rückständig. — Die Ausdehnung des Geschäfts zeigt sich deutlich in den Ziffern der

Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Zinseneinnahmen für gewährte Darlehen (einschließlich der Unkostenbeiträge) stiegen von 21,6 auf 28,0 Mill. Mark, während sonstige Einnahmen (aus Wertpapieren) von 2,2 auf 1,6 Mill. Mark zurückgingen. Es bleibt eine Mehreinnahme gegenüber dem Vorjahre von 5,8 Mill. Mark, der eine Erhöhung der für die ausgegebenen Papiere zu zahlenden Zinsen um 5,3 Mill. (von 19,6 auf 24,9 Mill.) Mark gegenübersteht. Der erhöhte Reingewinn hätte die Zahlung der satzungsgemäßen Dividende von 5 Proz. auf das etwas höhere Kapital erlaubt; man verteilt aber nur 4 Proz. Dividende, erhöhte dafür die Abschreibungen von 0,1 auf 0,26 Mill. Mark und den Vortrag auf neue Rechnung von 0,1 auf 0,3 Mill. Mark. Der Reserve wurden wieder eine Million Mark zugeführt.

Der Geschäftsbericht nimmt ausführlich zu den Problemen der Wohnungswirtschaft Stellung. Wenn auch die Einschränkung in der Gewährung von öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau unberechtigterweise als zwangsläufig angesehen wird, so wird doch betont, daß der

Neubau von kleinen Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung stets der öffentlichen Förderung bedarf

— gerade auch nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit. Die Herabsetzung der Mieten, die Wiederherstellung der Rentabilität in der Wohnungswirtschaft wird als wichtigstes Problem bezeichnet. Zur Erreichung dieses Zieles aber die Tilgungsraten auf die erststelligen Hypotheken (meistens 1 Proz.) zu senken — ein Vorschlag, der zuerst von Kahn-Frankfurt gemacht wurde —, hält man nicht für möglich. Man fordert den Ausbau der Bürgschaftssicherung für zweite Hypotheken, damit auf diesem Wege dem Wohnungsbau neues Kapital zufließen könne.

10 800 Wohnungen der Deutschen Wohnstätten-Hypothekenbank.

Die Deutsche Wohnstättenhypothekenbank-Berlin ist das Hypothekeninstitut der Deutschen Bau und Bodenbank A.-G. Sie hat 1931 die Kreditkrise und die Stille am Pfandbriefmarkt stärker zu spüren bekommen als die Preußische Landespfandbriefanstalt. Bei ihr ist der Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen um etwa 1 Proz. auf 39,5 Millionen Mark zurückgegangen. Ende Dezember war ein Hypothekenbestand von 41,2 Millionen vorhanden, durch den der Neubau von 10 817 Wohnungen finanziert worden ist; Der Bestand an Kommunaldarlehen belief sich auf 4,4 Millionen Mark. Zinsrückstände auf Kommunaldarlehen waren überhaupt nicht, auf Hypotheken in Höhe von 2 Proz. zu verzeichnen.

Das Kapital von 7 Millionen Mark ist jetzt voll eingezahlt; daran sind die Deutsche Bau- und Bodenbank (4 Millionen Mark), das Reich und eine Reihe von Ländern beteiligt. Es wird die zulässige Höchstdividende von 5 Proz. verteilt. Die Bankguthaben sind von 4,2 auf 1,0 Millionen Mark zurückgegangen, hauptsächlich weil die Länder ihre Guthaben (1,3 Millionen Mark) zurückzogen und die Schulden von 1,4 Millionen auf 0,08 Millionen Mark zurückgingen

Die Deutsche Landesbankenzentrale.

Die Deutsche Landesbankenzentrale das Ausgleichs- und Kapitalbeschaffungsinstitut für die deutschen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten hat in den Tagen der Bankkrise vom 22. Juni bis 13. Juli nicht weniger als 69 Millionen Mark auszahlen müssen, so daß das Institut vorübergehend auf die Akzept- und Garantiebank zurückgreifen mußte. Eine neue Aufgabe ergab sich im September mit der Börseneröffnung, als die Landesbankenzentrale den angeschlossenen öffentlichen Realkreditanstalten Lombardkredite zur Befriedigung ihrer Geldbedürfnisse zur Verfügung stellen mußte. Die starke Beanspruchung der Landesbankenzentrale geht aus zwei Bilanzziffern hervor: Die Bankguthaben der Landesbankenzentrale gingen von 35,5 auf 7,8 Millionen Mark zurück und auf der anderen Seite ermäßigten sich die Einlagen der Kreditinstitute von 54,0 auf 23,4 Millionen Mark. Aus dem etwas erhöhten Reingewinn (0,4 Millionen M.) wird auf das jetzt vollgezahlte Kapital von 5 Mill. M. eine Dividende von 5 (im Vorjahr 8) Proz. verteilt.

AEG.-Umsatz stark gesunken.

Hohe Verluste. – Deckung durch Reserven.

Der Aufsichtsrat der AEG. hat in seiner gestrigen Sitzung den Abschluß für das am 30. September beendete Geschäftsjahr 1930/31 genehmigt. Daß die AEG. für das vergangene Krisenjahr beträchtliche Verluste ausweisen würde, war nach den vorangegangenen Mitteilungen der Verwaltung bekannt. Ueberraschend ist jedoch die Höhe des Jahresverlustes. Allein von den offenen Reserven wurden zu seiner Deckung 19,3 Millionen entnommen. Da mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, daß vor der Inanspruchnahme des offenen Reservefonds in erheblich größerem Umfang stille Reserven zur Verlustdeckung herangezogen wurden, muß der tatsächliche Betriebsverlust bei der AEG. einen außerordentlichen Umfang erreicht haben.

Der Umsatz, der noch im vorhergehenden Jahr 520 gegen 580 Millionen Mark im letzten Konjunkturjahr 1928/29 betrug, ist auf 370 Millionen Mark gesunken. Der Umsatzschwund in den letzten beiden Jahren beträgt 36,2 Proz., entspricht also ziemlich genau der Geschäftsschrumpfung bei den betriebsmäßig ähnlich gelagerten Siemens-Schuckert-Werken. In den Beteiligungen, die infolge der starken Expansionspolitik des Konzerns in den letzten beiden Jahren von 90,4 auf 142,3 Millionen Mark gestiegen waren, sollen nach der Verwaltungsmitteilung auch heute noch stille Reserven enthalten sein. Durch Einziehung von 15 Millionen Mark eigener Aktien wird das Stammkapital von 200 auf 185 Millionen Mark herabgesetzt. Nach Veröffentlichung des Geschäftsberichts kommen wir auf den Abschluß des Unternehmens noch zurück.

Aktiengeschenke statt Dividende.

Die privaten Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G., deren Tarifpolitik wiederholt scharfe Proteste in der Oeffentlichkeit hervorgerufen hat, schließt das Geschäftsjahr 1931 mit einem Reingewinn von 3,84 gegen 4,93 Millionen Mark im Vorjahr ab. Diesmal sind aber vor Feststellung des Reingewinns über 218 000 gegen nur 52 807 M. im vorhergehenden Jahr abgeschrieben worden.

Die Gesellschaft hat also auch in dem letzten Krisenjahr große Gewinne erzielt. Da die Auszahlung einer Dividende auf das Aktienkapital von 60 Millionen die flüssigen Mittel stark angreifen würde, hat die Verwaltung beschlossen, ihren Aktionären statt einer Bardividende Genußscheine (Aktien ohne Stimmrecht) zu schenken, die einer Dividende von 7 Proz. entsprechen. Da für die Auszahlung dieser Dividende eine Summe von 4,2 Millionen Mark notwendig wäre, werden in zwei gleich starken Serien A und B Genußscheine im entsprechenden Nennwert ausgegeben, wobei Serie A aus den Gewinnen der folgenden fünf Jahre und Serie B aus den Gewinnen der folgenden zehn Jahre getilgt werden sollen. Die Inhaber der Genußscheine Serie A können ihre Papiere zum Kurse von 80 Proz. auf Verlangen sofort einlösen lassen. Als Käufer dürfte ein Berliner Bankkonsortium in Frage kommen. Die Aktionäre, die ihre Genußscheine zu diesem Kurs einlösen, erhalten also eine effektive Dividende von 5,6 Proz.

Sombart über „Die Zukunft des Kapitalismus". Ueber das Thema „Die Zukunft des Kapitalismus" spricht am Montag, dem 29. Februar, abends 8 Uhr, im Herrenhaus Prof. Werner Sombart. Karten durch die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft, Berlin W 35, Potsdamer Str. 103a, und an der Abendkasse.

Konsumvereine 1931.

Jahresbilanz zunehmender Massenarmut.

Wir haben kürzlich über die Entwicklung der Konsumvereine im dritten Quartal 1931 berichtet. Jetzt gibt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" die Ziffern für das ganze Kalenderjahr 1931 bekannt. Die Ziffern zeigen die Stärke und Leistungskraft der Konsumvereine, wie man es nicht anders erwarten konnte, aber sie sind auch ein erschütterndes Bild der wachsenden Armut der Massen und des ständigen Rückgangs ihrer Kaufkraft unter dem würgenden Druck der Krise.

Die Zahl der Vereine ging von 975 auf 966 zurück. Durch Verschmelzungen wurde die Stoßkraft der einzelnen Vereine erhöht. Die Zahl der Mitglieder sank nur geringfügig von 3 030 000 auf 3 020 000. Kaufkraftdrosselung und Preissenkung drückten aber den Gesamtumsatz der Konsumvereine von 1212 auf 1047 Millionen Mark, was einem Rückgang um 13,5 Proz. entspricht. Mengenmäßig ergibt sich aber noch eine Zunahme des Umsatzes, weil die durchschnittliche Preissenkung höher liegt. Die Not hat also die Treue der Mitglieder nicht verringert, sondern gestärkt. Der Umsatzrückgang ist wertmäßig auch geringer, als etwa bei den Warenhäusern und beim Einzelhandel.

Der Durchschnittsumsatz je Mitglied ist gegenüber 1930 von 397 auf 347 Mark gesunken. Spargelder mußten abgehoben werden. Aber die Beunruhigung im Juli verstärkte die Abhebungen ebenfalls. Die Spareinlagen sanken infolgedessen von 406 auf 319 Millionen. Fast 100 Millionen in kurzer Zeit bereits zur Rückzahlung bereitzustellen, war eine schwere Aufgabe für die genossenschaftliche Bankzentrale, aber die Aufgabe wurde gelöst. Sehr dringend ist jetzt die Erhöhung der Mitgliederanteile geworden, um das Konsumvereinsvermögen und die Schlagkraft der Konsumvereine im Interesse der Gesamtmitgliedschaft zu stärken. Die Erhöhung dieser Anteile würde für die Mitglieder am erträglichsten sein durch das Stehenlassen von Rückvergütungen.

Die Leistungskraft der eigenen Handels- und Produktionsbetriebe hat sich von neuem bewährt. Der Umsatz der G. E. G. ist zwar von 495 auf 428 Millionen gesunken. Der Anteil am gesamten Vereinsumsatz ist aber von 40,86 noch leicht auf 40,90 Proz. gestiegen. Der Umsatz der Produktivbetriebe hat sich auch absolut erhöht, nämlich von 137,6 auf 145,3 Millionen Mark. Der Umsatzanteil dieser Produktivbetriebe am Gesamtumsatz der Vereine ist sogar von 11,35 auf 13,87 Proz. gestiegen.

Der Gesamtumsatz der Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine Köln wird für 1931 mit 180,4 gegen 200,9 Millionen gemeldet. Auch hier ergab sich eine leichte mengenmäßige Umsatzsteigerung.

Hausbesitzerbank-Vergleich angenommen.

Mit 73 und 83 Proz. Mehrheit.

Bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz haben nach dem nunmehr vorliegenden Abstimmungsergebnis 24 181 Gläubiger von den insgesamt 34 411 Gläubigern dem Vergleichsvorschlag zugestimmt, das sind 73 Proz., während im Gesetz für die Annahme des Vergleichs nur die Zustimmung von 50 Proz. der Gläubiger (der Zahl nach) vorgesehen ist. Dem Betrage nach haben 48 059 000 Mark der Forderungen von insgesamt 58 075 000 Mark zugestimmt, das sind 83 Proz. der Forderungen an Stelle der im Gesetz vorgesehenen mindestens 75 Proz. Verkündungstermin ist auf Sonnabend, den 27. Februar, 2 Uhr nachmittags, vorm Amtsgericht Berlin-Mitte festgesetzt. Das Gericht wird den Vergleich in diesem Termin bestätigen.

Russenroggen. Im laufenden Erntejahr hat das Deutsche Reich aus Rußland rund 270 000 Tonnen Roggen gekauft.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

7. und 8. Kreis. Die Juristische Sprechstunde findet am Sonnabend, 27. Februar, von 17—18 Uhr im Jugendheim Rosinenstr. 4 statt. Gelegenheit zum Kirchenaustritt!

13. Kreis. Handzettelverbreitung (Einladung zum 2. März) am Sonnabend, 27. Februar, ab 17 Uhr, von den bekannten Stellen. — **128. Abt.:** Die Bezirksführer erhalten sie zugestellt; **129. Abt.:** von Rißmann abholen.

6. Abt. Heute, Sonnabend, 27. Februar, 19½ Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11—12, Mitgliederversammlung. „Faschismus oder Demokratie", Referent Max Brinitzer.

13. Abt. Unserem Genossen Hermann Dieler zum 60. Geburtstag die besten Glückwünsche.

33. Abt. Heute, Sonnabend, 27. Februar, Besichtigung der Vorwärts-Druckerei. Treffpunkt 16½ Uhr Lindenstr. 3, 1. Hof. — Sonntag, 28. Februar, beteiligen wir uns an dem Kabarettabend der 35. Abt. in den Andreas-Festsälen um 17 Uhr.

42. Abt. Montag, 29. Februar, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Wolter, Kaiserin-Augusta-Allee 52.

92. Abt. Heute, Sonnabend, 27. Februar, 17 Uhr, müssen die Handzettel von der bekannten Stelle abgeholt werden.

94. Abt. Sonntag, 28. Februar, 9½ Uhr, Sitzung aller Ordner der Abteilung bei Schröder, Steinmetzstr. 32.

99. Abt. Sonntag, 28. Februar, 9½ Uhr, wichtige Flugblattverbreitung für die Bezirke 147—155 im Versammlungsraum Hannemannstr. 40; für die Bezirke 156—159 bei Tristram, Bürgerstr. 48—49.

117. Abt. Einladungszettel zur Versammlung am 3. März müssen von den Bezirksführern Sonnabend ab 18 Uhr bei dem Genossen Selchow, Karlshorster Straße abgeholt werden.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Wochenendkursus morgen, Sonntag, im „Haus der Jugend" (Obdachlosenasyl), Teupitzer Str. 39—43. Beginn 9 Uhr.

Kreuzberg: Unsere Sonntagsveranstaltung fällt morgen aus. Alle Helfer beteiligen sich am Wochenendkursus in Neukölln.

10. Kreis („Otto Braun"): Treffpunkt zur Sonntagsfahrt am 28. Februar um 8½ Uhr am Bahnhof Onkel-Toms-Hütte, Eingang Riemeisterstraße.

Neukölln: Teilnahme am Wochenendkursus am Sonntag. Restfalkenhelfer um 9 Uhr, alle anderen Genossen um 11 Uhr. Mittagessen wird geliefert. RJ.-Helfer nehmen am Mittwoch, 2. März, an der Versammlung der Jugendgruppe der SAJ. teil. Nach Möglichkeit auch Rote Falken. Die Versammlung ist im Heim Kanner Straße um 20 Uhr. Falkenrat: Montag 17½ Uhr Baracke.

Gruppe Mahlsdorf: Der Elternabend muß heute, Sonnabend, ausfallen. Der spätere Termin wird noch bekanntgegeben.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

18. Abt. Am 24. Februar ist unsere hochbetagte Genossin Luise Noack, Wiesenstr. 7, verstorben. Ueber 30 Jahre Mitglied der Partei, hat sie in der Kleinarbeit in hervorragender Weise ihre Pflicht getan. Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren! Einäscherung am Sonnabend, 27. Februar, 11½ Uhr, Gerichtstraße. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

87. Abt. Nach langem Krankenlager entschlief unser Genosse Otto Mathies kaum sechzigjährig. Die sozialistische und gewerkschaftliche Bewegung und vor allem seine Parteiabteilung verlieren einen unermüdlichen, stillen Arbeiter. Ehre seinem Andenken! Die Trauerfeier findet am Sonnabend, 27. Februar, 20 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

103. Abt. Unsere Genossin Johanna Lohien, Helmholtzstr. 8, ist infolge eines Unglücksfalles verstorben. Ehre ihrem Andenken! Die Einäscherung findet am Dienstag, 1. März, 16 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. Rege Beteiligung erwartet der Abteilungsvorstand.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, vorn 1 Treppe rechts.

Die für Sonnabend, 27. Februar, angekündigte Funktionärversammlung findet erst am **Mittwoch,** 2. **März,** in der Aula der Schule Kochstr. 13 statt. Beginn pünktlich 20 Uhr. Genosse Engelbert Graf spricht über das Thema „Die Ueberwindung der Wirtschaftskrise". Zutritt nur mit Mitgliedsbuch.

Abteilungsleiter, reicht umgehend die Programme für März ein, damit rechtzeitige Referentenvermittlung möglich ist.

Montag, 29. Februar, 17½ Uhr, findet im Saale der Hochschulbrauerei, Berlin N., Amrumer Str. 31, eine Probeaufführung des vom Genossen Dr. Friedländer geschriebenen Programms für die Abendfeiern am 1. Mai „Die Eiserne Front" statt. Interessierte Abteilungsleiter haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches Zutritt.

Der für den 28. Februar vorgesehene Kursus mit den Kinderfreunden wird verschoben. Weitere Nachricht folgt.

Heute, Sonnabend, 27. Februar.

Petersburger Viertel: Ebertystr. 12: Arbeitsgemeinschaft.

Werbebezirk Neukölln: Jüngerenkursus in der Jugendherberge Rüdersdorf. Referent Genosse Bernstein. Treffpunkt 18 und 20 Uhr Bahnhof Neukölln.

Werbebezirk Pankow: Wir beteiligen uns an der Werbefeier in [illegible]. Lokal Bachmann, 19 Uhr.

Werbebezirk Wedding: Boden Gerichtstraße.

Morgen, Sonntag, 28. Februar.

Fallplatz 1: Treffpunkt 9 Uhr Rote Ecke.

Werbebezirk Mitte: Kostümfest in Bogels Festsälen, [illegible]str. 5. Beginn 19 Uhr. Eintritt 60 Pf., Erwerbslose 30 Pf.

Arbeitsgemeinschaft Abraham (Wirtschaftslehre): Die Arbeitsfahrt findet morgen, Sonntag, nach Klein-Schönebeck statt. Treffpunkt 8½ Uhr Bahnhof Rahnsdorf (Ausgang).

Wetteraussichten für Berlin. Veränderlich, zeitweise leichter Schneefall; am Tage Temperaturen zunächst bis etwas über Null steigend, dann neuer Temperaturrückgang, mäßige nordöstliche Winde. — **Für Deutschland.** Im ganzen Reiche noch Neigung zu leichten Niederschlägen, im Süden Milderung, im Norden und Nordosten neue Abkühlung.

Gewinnauszug

5. Klasse 38. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

16. Ziehungstag — 26. Februar 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 147351
2 Gewinne zu 25000 M. 209127
10 Gewinne zu 5000 M. 120479 270877 271887 280218 365531
18 Gewinne zu 3000 M. 54555 68053 78052 159606 162374 168709 228062 255476 339270
68 Gewinne zu 2000 M. 1072 10869 22973 27769 28733 36674 40349 48391 52994 60301 78227 97356 112755 115308 122469 122610 127777 130730 191935 194477 200187 241493 249717 256956 284604 290167 305221 306597 324765 361102 366120 375113 393889 396030
106 Gewinne zu 1000 M. 1236 4661 11930 27500 31186 53143 54794 56785 63760 64649 67061 80808 96929 96954 98802 100209 104590 105196 118285 133850 164355 180439 183482 187508 190282 200600 204610 205288 221757 232404 237385 239758 240587 243486 248439 255203 260005 260572 293626 310793 327313 335933 339964 344630 347913 362573 365419 365697 379969 381264 383414 387591 388557
190 Gewinne zu 500 M. 7241 7823 8239 10701 18978 29550 35956 39958 40909 44653 54845 54873 57499 63511 65226 66642 69312 68501 70756 76349 79853 80712 82660 87501 95551 96126 98593 99379 102707 103673 105319 109724 116307 121551 138709 147065 149168 153602 154074 161194 162187 178457 180782 186277 192298 192570 193271 201080 205030 207516 206574 209723 213151 213256 223513 225773 240739 252507 254793 256162 256566 265535 270885 274546 278215 280239 284367 284758 288423 290415 291639 294000 301781 305157 307598 303544 309267 315081 318773 322212 322549 329644 336086 336760 338016 346921 358548 359611 365559 371159 371356 375287 387667 387848 398495

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 182329 236751
8 Gewinne zu 5000 M. 108706 170122 181839 359372
14 Gewinne zu 3000 M. 13606 104091 107452 124022 190808 274915 343513
36 Gewinne zu 2000 M. 12156 82559 91090 101727 101815 127383 132851 134413 151297 187172 190213 193466 208643 240309 242471 242984 345587 381355
108 Gewinne zu 1000 M. 5488 34167 36152 39193 40237 53061 55469 56051 68397 72818 79799 85711 92814 96120 96910 103426 104027 106061 108605 108266 129605 130495 137207 140426 160792 162911 164218 171707 178945 182737 186454 189604 204936 207946 255880 256435 273993 274801 275987 281061 290349 307139 306223 311781 312161 314651 324310 331967 346312 353712 357959 370563 378152 391646
146 Gewinne zu 500 M. 10030 13564 20847 22844 25127 44355 45417 55618 60016 64364 65358 73160 74660 76931 80338 91919 94639 95776 95920 125302 135472 151010 153547 155118 163272 172819 186918 189507 189769 190969 195316 196869 199318 212523 213955 214090 226392 227067 229340 237306 238155 239051 240814 255511 258507 261368 263552 278836 279937 285391 286717 292709 294665 297694 299622 325983 328505 336708 338874 346780 352861 355867 363468 370343 371969 373306 376631 381426 389743 393501 394890 397913 398068

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 200000, 2 zu je 100000, 2 zu je 75000, 4 zu je 50000, 14 zu je 25000, 84 zu je 10000, 228 zu je 5000, 418 zu je 3000, 1301 zu je 2000, 2680 zu je 1000, 4058 zu je 500, 12780 zu je 400 Mark.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Sonnabend, den 27. Februar
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Eine Nacht in Venedig

Staatl. Schauspielhaus Gendarmenmarkt 20 Uhr **Cyrano von Bergerac**

Schiller-Theater Charlottenburg 20 Uhr **Die endlose Straße**

Winter-Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Reiter-Familie „Casi". Hugo u. sein Weibsteufel. Wilh. Bendow. 9 Allisons und weitere Attraktionen
Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellg. 4 u. 8.15 Uhr. 4 Uhr kleine Preise

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Nur noch bis 3. März
Ehen von heute
und das bunte Programm
Freitag, den 4. März, zum 1. Male
Der Mann mit den zwei Frauen
Gutschein 1—4 Personen: Parkett 50 Pf. Fauteuil 1.— Mark. Sessel 1.50 Mark.

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Sonnabd., 27. Febr.
Turnus III
Anfang 20 Uhr
Das Spitzentuch der Königin
Ende gegen 23 Uhr

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Fuhrmann Henschel
Regie: K. H. Martin

Staatl. Schiller-Theater
8 Uhr
Die endlose Straße

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Ein Lied der Liebe
Rich. Tauber · Anni Ahlers
Sonntag 4½ Uhr
Fledermaus

Inserate im Vorwärts [sichern] **Erfolg!**

Deutsches Theater
8 Uhr
Vor Sonnenuntergang
v. Gerh. Hauptmann
Regie: Max Reinhardt.

Kleines Th.
Truppe 1931.
Tägl. 8¼ Uhr
Die **Mausefalle**
Preise 75 Pf. — 5 M.
Sonnt. nachm. 4 U. halbe Preise.

SCALA
Letzte 3 Tage
EDITH LORAND
und COLLEANO
MATRAY-BALLETT usw.
Tägl. 8¼ Uhr. 60 Pf. bis 4.— M
Tägl. 5 Uhr 40 Pf. bis 2.— M

Theater des Westens
Täglich 8¼ Uhr
Prinz Methusalem
Operette von Joh. Strauß
Waldmüller, Morgan, Jankuhn, Lilien, Ewald.
Sonnabend 4 Uhr
Sonntag 3 Uhr
Kai aus der Kiste
Sonntag 3 Uhr
Der Vogelhändler

GR. SCHAUSPIELHAUS Tägl. 8 U.
Heute zum 100. Male
Hoffmanns Erzählungen
REINHARDT INSZENIERUNG
Sonntag nachm. 3 Uhr billige Preise d. Plätze

Lessing-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Morgen gehts uns gut!
Grete Mosheim
Max Hansen
Orchester Dajos Bela

PLAZA
Nähe Schles. Bhf.
5 u. 8¼, Sbds. 2, 5, 8¼ U.
Tel.: E 7 Weichsel 4031
„Die Blume von Hawaii"

Berliner Theater
Charlottenstr. 90-94
Heute u. morgen 8 U.
Das Ensemble d. Volksbühne
Kampf um Kitsch
Zum Besten der Speisung bedürftiger Schulkinder

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weichsel E 7 3427
5 u. 9 Uhr
Der Bettelstudent

Theater in der Stresemannstr.
Täglich 8¼ Uhr
Leopoldine Konstantin
Theodor Loos
in
In jeder Ehe...

Schwerhörige

Neue Modelle
hören sofort wieder
mit dem ärztlich empfohlenen
ORIGINAL-AKUSTIK-APPARAT
mit neuestem Kleinhörer
— Noch Besseres gibt es nicht —
Deutsche Akustik Gesellschaft m. b. H.
Aelteste u. führende Spezialfabrik
Verkauf u. Vorführung
Berlin-Wilmersdorf, Motzstr. 43
Berlin, Klosterstr. 44
Reinickendorf-Ost, Brienzer Str. 4
Verl. Sie Hauptkatalog 16 kostenlos
Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Theater am Nollendorfplatz
Pallas 7051
Täglich 8¼ Uhr
Sbds auch 4¼ Uhr
Heute zum 113. Male
Gasparone

Haus Vaterland
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

Reichshallen-Theater
Dönhoffplatz
8 Uhr. — Sonntags 3½ Uhr zu kleinen Preisen
Stettiner Sänger
Die neue Groteske
Dr. Weichkäs heilt alles-!

Th. im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Der neue große Erfolg!
Käthe Dorsch
Gustaf Gründgens
in:
L'scfott'
Singspiel v. Eduard Künneke

Berliner Ulk-Trio
Neukölln. Lahnstr. 74/75.

BANDAGIST
Lieferant sämtlicher Krankenkassen sowie städtischer und staatlicher Behörden
BERLIN N 54 Brunnen-Str. 166
LANGE

Am 26 Februar starb im Urban-Krankenhause der Gauleiter unseres Verbandes, Kollege

Eugen Junghans

im Alter von 57 Jahren.

Kollege Junghans gehörte seit seiner frühesten Jugend der Arbeiterbewegung an, in der er für den kulturellen und materiellen Aufstieg seiner Berufskollegen tatkräftig arbeitete.

Wir werden diesem braven, tüchtigen und zuverlässigen Funktionär unseres Verbandes stets ein ehrendes Andenken bewahren

Berlin, den 26 Februar 1932

Der Vorstand
des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 29. Februar, auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde.

Heute entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden im Urban-Krankenhaus mein lieber unvergeßlicher Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Eugen Junghans

im 57. Lebensjahre

Berlin-Eichwalde, Hamburg, am 26. Februar 1932.

Emma Junghans geb. Ludwig.
Paul Ludwig und **Frau Dora** geb. Junghans und Familie,
Hans Jungblut und **Frau Else** geb. Junghans und Sohn,
Fritz Junghans,
Walter Gallas und **Frau Gertrud** geb. Junghans.

Die Beerdigung findet Montag, den 29. Februar, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt

---

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, anzuzeigen, daß der Angestellte unserer Kasse, Herr

Friedrich Schieß

am 25. Februar 1932 im Alter von 58 Jahren verstorben ist.

Der Verschiedene hat 16 Jahre nach besten Kräften im Dienste der Kasse gewirkt, wofür wir ihm danken, wie wir auch sein Andenken stets in Ehren halten werden.

Der Vorstand
der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schleifer

August Lohmann

geb. 20. Februar 1878, am 24. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 27. Februar, 17½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Unerwartet verschied am Donnerstag, dem 25. Februar 1932, nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege und Betriebsratsvorsitzender, der Krankenkassenangestellte

Friedrich Schieß

im Alter von 58 Jahren. Durch seinen Tod verlieren wir einen langjährigen, aufrichtigen Kollegen und Kämpfer für das große Ziel der freien Angestelltenbewegung. Sein Andenken werden wir stets in hohen Ehren halten.

Die Gefolgschaft der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.

Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 1. März 1932, 15.30 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.